

Ein halbes Jahrhundert Transformation. Portugals Wandel seit der *Revolução de Abril*

Bodo Freund (Kronberg)

Seit 1965 habe ich in rund fünfzig Reisen, darunter als Leiter von neun Exkursionen mit Studierenden der Geographie, alle Landesteile Portugals erfahren, dabei viele Stellen im Laufe von Jahrzehnten wiederholt aufgesucht. Während des Studienjahres 1974/75 war ich Professor an der Universidade (Clássica) de Lisboa. Die Verpflichtungen in Lehre und Forschung sowie gegenüber der jungen Familie bewirkten, dass ich die Phänomene des damaligen gesellschaftlichen und politischen Umbruchs nicht gezielt verfolgt, sondern eher durch Zufälle wahrgenommen habe. Die folgenden Ausführungen beruhen auf über die Jahre akkumulierten Kenntnissen und nur indirekt auf der Auswertung wissenschaftlicher Literatur. Ich verzichte deshalb entgegen den wissenschaftlichen Gepflogenheiten auf einen Zitierapparat und hoffe, dass die Leser und Leserinnen die folgenden aus Erfahrung gewonnenen Betrachtungen über ein halbes Jahrhundert Transformationsprozess Portugal in seiner Gattungshybridität mit Gewinn lesen können.

Eine politisch-wirtschaftliche Zeitreise

Von der Revolution zur politischen ‚Normalisierung‘: Die Mäander des Demokratisierungsprozesses

Wer kurz nach dem 25. April 1974 nach Lissabon geflogen ist, fuhr dann am wahrscheinlichsten mit dem Taxi durch die Avenida Almirante Gago Coutinho in Richtung Innenstadt. Wer diese Strecke zum ersten Mal zurücklegte, konnte meinen, in einem lateinamerikanischen Entwicklungsland angekommen zu sein. Die im Tal verlaufende Straße war beiderseits von prächtigen Villen gesäumt; aber direkt darüber erstreckte sich am westlichen Steilhang eine ausgedehnte Ansammlung von Hütten – ein *bairro de lata*. Den östlichen Gegenhang überzog überwiegend Ödland; kaum zu erkennen waren auf der oberen Verebnung die geschwungenen Reihen seriell gefertigter Holzhäuser. Das war ein *bairro de realojamento*, ein Umsiedlungs-Quartier. Dort lebten Menschen, deren Hütten andernorts abgerissen worden waren, beispielsweise im Bereich der Stadtteile Alcântara und Santo Amaro, wo die Autobahn seit 1966 zur neuen Ponte Salazar führte, die 1974 zur Ponte 25 de Abril umbenannt werden sollte.

Wahrscheinlich verlief die Taxi-Fahrt schnell und ungestört, denn die Zeit der vielen Demonstrationen war noch nicht angebrochen. Die Strecke war zu kurz, um ein längeres Gespräch mit dem Fahrer zu führen. Klar schien, dass die Militärs das

Richtige getan hatten, die innerhalb von 16 Stunden die Regierung Caetano gestürzt hatten und von Zivilisten mit Nelken beschenkt worden waren. Denn das *antigo regime* war *velho e podre* gewesen, alt und morsch. Insofern klang es nicht wirklich nach einer Heldentat, wenn dem mehr als vierzig Jahre alt gewordenen *Estado Novo* so leicht ein Ende bereitet werden konnte.

Nun konnten Taxifahrer frei reden, mussten die PIDE nicht mehr fürchten, die Polícia Internacional e de Defesa do Estado. Gar nicht weit vom beliebten Platz Chiado, an der Ecke der Rua António Maria Cardoso zur Rua Vitor Cordon, war deren Hauptquartier gewesen. Dort hatte ich mich 1966 wegen des längeren Aufenthalts als Doktorand registrieren lassen müssen – heute ein prächtiger Geschosswohnbau in bester Lage.

Gleich nach dem Putsch des Movimento dos Capitães, der Bewegung der Hauptleute, waren die Oppositionellen aus dem Gefängnis im westlichen Vorort Caxias und aus der Seefestung von Peniche befreit worden. Ein *saneamento* sollte die Agenten der Repression aus den diversen Dienststellen bringen, am besten ins Gefängnis. Unklar blieb, wohin die Militärs der Bewegung der Streitkräfte, des Movimento das Forças Armadas (MFA), wie die veränderte Bezeichnung lautete, das Land führen würden. Zugesichert waren nur freie Wahlen innerhalb eines Jahres und Demokratie.

Das Ende der Diktatur wirkte befreiend, bewirkte weder eine schlagartige Minderung wirtschaftlicher Probleme noch die Lösung sozialer Spannungen. Der „Ölpreisschock“ von 1973 hatte Portugal schon hart getroffen, und infolge der Rezession in den Ländern Westeuropas wurden viele *emigrantes* zu *remigrantes*. Die erste vorläufige Regierung ist also unter höchst ungünstigen Bedingungen von Staatspräsident General António de Spínola ernannt worden, der selbst von der Bewegung der Streitkräfte in dieses Amt eingesetzt worden war.

Seit Beginn der Kolonialkriege in Angola 1961 und wegen der sukzessiven Verlängerung des Wehrdienstes bis auf vier Jahre waren besonders viele junge Männer mit Hilfe von Schleppern (*engajadores*) über zwei Staatsgrenzen als *clandestinos* nach Frankreich gegangen. Als Deserteure hatten sie keine Rückkehrmöglichkeit gesehen. Auch aus sprachlichen Gründen haben sie sich dort viel stärker eingelebt als die Gastarbeiter, die ab 1964 meist nach geleistetem Wehrdienst und staatlicher Prüfung mit Zeitverträgen nach Deutschland hatten gehen dürfen.

Hauptziel der Putschisten war, die Kolonialkriege zu beenden, für die keine Erfolgsaussichten bestanden. Das hatte António de Spínola geschrieben, der wegen seiner Meinung aus dem Generalstab entlassen worden war. Sein im Februar 1974 erschienenes Buch *Portugal e o futuro* hatte reißenden Absatz gefunden, war schon im März in zweiter Auflage erschienen. Wie und mit welchem Ergebnis die Entkolonialisierung durchzuführen sei, darüber herrschte im Movimento das Forças Armadas keine Klarheit.

Einen Monat nach dem Umsturz waren die Flugzeuge, die aus Luanda und Lourenço Marques (Maputo) kommend in Lissabon landeten, schon bis zum letzten Platz ausgebucht, worüber die Medien lange Zeit kaum berichteten. Zu den *remigrantes*, die immerhin eine Unterkunft in der Heimat hatten, kamen aus den ‚Überseeprovinzen‘ nun immer mehr *retornados*, die vor allem eine Bleibe suchten. Eine Möglichkeit bot sich in Hotels und Ferienanlagen. Da der Umsturz im Ausland als Zeichen unsicherer Verhältnisse wahrgenommen wurde, gingen die Übernachtungen von Ausländern schon 1974 um rund ein Viertel zurück, sanken im Folgejahr sogar fast auf die Hälfte.

Nun minderte das Ausbleiben von Touristen zwar ein Problem der *retornados*, bewirkte aber einen unerwarteten Einbruch an Deviseneinnahmen.

Die Staatsfinanzen konnten nicht durch andere, florierende Wirtschaftszweige gestärkt werden. Bisher hatte es einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben durch günstige Produktionsbedingungen für eine expandierende Industrie, nämlich niedrige Löhne, geringe Besteuerung, keine Störungen durch Streiks, Exportmöglichkeit in Länder der Europäischen Freihandelszone (EFTA), der Portugal seit 1960 als Gründungsmitglied angehörte, und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Nun war plötzlich Unsicherheit aufgekommen, ausländische Investitionen blieben aus. Ein kleiner, aber wirtschaftlich wichtiger Teil der Portugiesen brachte Kapital ins sichere Ausland und verließ selbst das Land. Hinzu kam steigende Inflation.

Der wirtschaftliche Abschwung machte sich in steigender Arbeitslosigkeit bemerkbar. Mit der Beseitigung des autoritären Systems kam es keineswegs zu ähnlichen Lebensbedingungen, wie Auslandsportugiesen sie aus Frankreich und (West-) Deutschland gegen Ende der *trente glorieuses* bzw. des Wirtschaftswunders beschrieben hatten. Soziale Proteste mehrten sich. Schon nach zwei Monaten musste der konservative Staatspräsident Spínola die erste vorläufige Regierung entlassen, deren eher fachlich kompetente Mitglieder ein breites Spektrum politischer Meinungen vertraten. Gegen seinen Willen setzten die dominierenden Militärs Mitte Juli den Oberst Vasco Gonçalves als Regierungschef durch, der bis zum 12. September 1975 an der Spitze von vier weiteren provisorischen Regierungen blieb, in denen die Kommunistische Partei und linke Militärs sukzessive stärker wurden. Bald war Spínola in Bezug auf die Art der Dekolonisierung mit dem Koordinationsausschuss des MFA in einen aussichtslosen Streit geraten. Ende September 1974 wollte er die ‚schweigende Mehrheit‘ des Nordens gegen Vasco Gonçalves mobilisieren, musste deshalb aber selbst zurücktreten.

Sein Nachfolger wurde Costa Gomes. Als Chef des Generalstabs hatte auch er sich für eine Beendigung der Kolonialkriege eingesetzt und war deshalb ebenfalls abgesetzt worden. Mit seiner Billigung gewann der Partido Comunista Português (PCP) bis März 1975 zunehmend Einfluss. Nach der einstigen Aktivität im Untergrund bildeten die Kommunisten vorerst die einzige gut organisierte Partei des Landes. Deshalb gelang es ihnen schnell, fast alle Führungspositionen in dem tief zersplitterten System meist kleiner Gewerkschaften, in den Medien und in sozialen Bewegungen zu besetzen.

Die Regierungen westlicher Staaten registrierten die Entwicklung in dem NATO-Land mit gewisser Besorgnis, nahmen aber außenpolitisch kaum Einfluss, auch weil das Interesse sich auf andere Aufgaben wandte. Nach dem Jom-Kippur-Krieg (Oktober 1973) waren wegen des Ölpreisschocks wirtschaftliche Probleme zu lösen. Und im Juli 1974 kam es zwischen den NATO-Staaten Griechenland und Türkei fast zu einem Krieg um Zypern. Nach dem missglückten Anschluss an Griechenland brach das Obristen-Regime zusammen, woraufhin die demokratisch gewählte Regierung sofort einen Antrag auf EG-Mitgliedschaft stellte. Nun befürchteten die Regierungen Frankreichs und Italiens eine Gefährdung ihrer mediterranen Agrarwirtschaft. In Italien stimmte die damals sehr starke Kommunistische Partei die Politiker anderer Länder Westeuropas bedenklich.

Ganz anders reagierten die Staaten des Warschauer Paktes, mit denen Portugal bislang keine Beziehungen unterhalten hatte: Sie wurden schnell und massiv präsent, halfen sicher nicht nur mit Kulturschaffenden und Agrartechnikern. Als ich im Oktober 1974 eine Wohnung für die Familie suchte, schaltete ich eine Maklerin deutschen

Namens ein. Wie sich herausstellte, war sie allerdings Exilrussin und begeistert über den Großauftrag, für etwa 300 Bedienstete der entstehenden Botschaft der UdSSR Wohnungen zu beschaffen. Und als ich später für eine Tagungsreise nach Polen ein Visum benötigte, stand im Telefonbuch noch nicht die Botschaft dieser sozialistischen Volksrepublik. Von der Auskunft wurden mir gleich drei Adressen mitgeteilt, und am richtigen Ort stellte ich befremdet fest, dass das meiste Personal wie Portugiesen aussah. Danach wunderte es nicht mehr, dass nach Zeitungsberichten die DDR mehr bauliche Maßnahmen durchführen wollte als erlaubt.

Für den 25. April 1975 waren die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung angesetzt, die ersten freien Wahlen seit Jahrzehnten. Sechs Wochen vorher, am 11. März, wollten General Spínola und einige seiner Anhänger eine vermeintlich weitere Entwicklung in Richtung Kommunismus durch einen Putsch verhindern, der ganz schnell scheiterte. Ich erlebte diesen Tag bei einer agrargeographischen Exkursion mit Studierenden durch den Ribatejo: Nach der ausgedehnt-entspannten Mittagspause, organisiert von Studierenden auf einem Landgut unweit von Almeirim, sollte die Rückfahrt auf der rechten Seite des Rio Tejo erfolgen. Bei der Fahrt durch die Garnisonsstadt Santarém war eine befremdliche Stille festzustellen. Am Stadtrand kam die Überraschung: Die Nationalstraße war blockiert, indem Soldaten einfach mächtige Allee-bäume gefällt hatten. Ein Mann in Uniform kam in den Bus, war etwas erstaunt über einen jungen Professor aus der unbeliebten Bundesrepublik Deutschland, die in aller Stille Waffen für die Kolonialkriege geliefert hatte. Glücklicherweise kontrollierte er nicht dessen Aktentasche mit vielen amerikanischen Luftbildern der Region, die im Centro de Estudos Geográficos nur ganz restriktiv für den Dienstgebrauch ausgehändigt wurden. Bis zur Weiterfahrt am Abend waren die Studierenden höchst aufgeregt, denn der Grund der Blockade wurde nicht mitgeteilt, und Telefonate mit den Eltern waren unmöglich.

Genau ein Jahr nach dem Umsturz fanden die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt. Im Städtchen Cascais war ich von den Umständen ganz stark beeindruckt: Unter der befremdlichen Anwesenheit von Militär als Ordnungskraft warteten vor dem Wahllokal unzählige Menschen in einer langen, breiten Schlange. Landesweit wurde der äußerst hohe Grad an Wahlbeteiligung von 91,7 % erreicht. Das Ergebnis überraschte: Nur 12,5 % der Stimmen für die Kommunistische Partei, dagegen 37,9 % für den erst ganz neu formierten, noch schwach profilierten Partido Socialista (PS), der jedoch durch den weithin bekannten Oppositionellen Mário Soares geführt wurde, welcher eine sozialistische Rhetorik pflegte. 26,4 % erreichte der Partido Popular Português (PPD), eine Mitte-Rechts-Partei, die im eher konservativen Nordwesten eine starke Position einnahm. Nur 7,6 % erreichte die klar rechts-konservative Partei Centro Democrático e Social (CDS). Eigentlich implizierte dieses Ergebnis eindeutig die Entscheidung für eine Mehrparteien-Demokratie westlichen Vorbilds. Linke Vertreter des Militärs hatten jedoch vor der Wahl allen Parteien das Zugeständnis abgefordert, dass sie selbst das letzte Wort behielten. Und trotz des Wahlergebnisses hat dann PCP-Chef Álvaro Cunhal in einem Interview unbedacht gesagt, dass es zu einer Staatsform westeuropäischen Typs nicht kommen werde.

Tatsächlich schienen die Weichen gestellt, denn sofort nach dem misslungenen Putsch-Versuch am 11. März, also einige Wochen vor der Wahl, war die Junta de Salvação Nacional aufgelöst und ein Revolutionsrat (Conselho da Revolução) von 29 Militärs gebildet worden, der den Aufbau des Sozialismus sichern sollte. Innerhalb weniger

Tage waren Banken, Versicherungen und große Industriebetriebe verstaatlicht worden. Allesamt hatten sie zu wirtschaftlichen Konglomeraten weniger großer Familien gehört, die als Stützen des alten Regimes galten. Ebenfalls vor der Wahl hatten im südportugiesischen Gebiet der Latifundien die Betriebsbesetzungen mit dem Ziel begonnen, landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, *cooperativas agrícolas*, zu bilden. Da zur Zeit der Wahl auch die nichtkommunistischen Parteien zumindest rhetorisch weiter links standen, kann es nicht verwundern, dass nach den geschaffenen Fakten diese Errungenschaften mit der neuen Verfassung abgesichert werden sollten.

Nachdem ein Jahr zuvor PCP und PS noch wie Parteien einer Volksfront aufgetreten waren, kam es nun nach der Wahl zu heftigen Konfrontationen. Als die Kommunisten des Gewerkschaftsverbandes Intersindical mit Gewalt verhinderten, dass die Sozialisten in Lissabon an der Großdemonstration zum Ersten Mai teilnahmen, folgte eine Gegendemonstration mit überraschend starkem Zulauf.

Bald nach diesem Ereignis besetzten Drucker und Setzer die Räume der Tageszeitung *República* und erklärten die Redakteure für abgesetzt. Das von der PS erworbene Unternehmen war bis dahin die einzige Tageszeitung gewesen, die abweichend von den weithin kommunistisch kontrollierten Medien berichtete, stand also auch symbolisch für Pressefreiheit. Als der Betrieb nach fast zwei Monaten nicht zurückgegeben war, schied Mário Soares, damals Minister ohne Geschäftsbereich, unter Protest aus der vierten provisorischen Regierung aus. Seine Partei organisierte sowohl in Lissabon als auch in Porto lautstarke Kundgebungen nicht nur gegen die PCP und den Ministerpräsidenten Vasco Gonçalves, sondern sogar gegen den MFA. Im Norden wirkte die Demonstration als Auslöser von Gewaltakten gegen Kommunisten, ohne dass Polizei oder Militär dagegen einschritten, und im Süden blieben staatliche Stellen inaktiv, wenn es zu Gewaltakten gegen (vermeintliche) Unterstützer des ehemaligen Regimes kam. Das Land war politisch polarisiert, ein Bürgerkrieg schien nicht ausgeschlossen.

In diesem „heißen Sommer 1975“ erreichte während der allgemeinen Universitätsferien der Zustrom junger Leute aus westeuropäischen Ländern sein Maximum. Im Raum Lissabon füllten sie nicht nur die Campingplätze. Sie schlugen ihre Zelte auch an anderen Stellen auf, beispielsweise auf der parkartigen Freifläche vor dem Westflügel der Faculdade de Letras der Universität, mithin direkt vor dem damaligen Centro de Estudos Geográficos. Auch die hier Studierenden interessierten sich für die Ereignisse im Alentejo und schlugen mir eine Exkursion zur bekannten Kooperative Estrela Vermelha vor. Angekommen an den dortigen Wirtschaftsgebäuden, die in frischen Farben mit animierenden Bildern und Symbolen dekoriert worden waren, blieben sie allerdings skeptisch, ob die zur Hilfe angereisten, sprachunkundigen und fremdartig aussehenden Altersgenossen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, zur Lösung sozialer Probleme und Vertreibung ‚faschistischer Latifundisten‘ beitrügen. Skeptisch blieb auch ihr junger Professor, der – in damals ganz ungewöhnlichen Reisen – schon Bulgarien, Rumänien und Cuba gründlich kennengelernt hatte.

Seit dem 17. Juli 1974 hatte es mit jeder der vier Provisorischen Regierungen von Vasco Gonçalves und jedem Austausch von Ministern eine Stärkung der Kommunisten und linken Militärs gegeben. Nach vierzehn Monaten war allerdings nicht nur in der großen Mehrheit des Volkes, sondern auch unter den Militärs die Überzeugung geschwunden, dass mit einer Fortentwicklung in derselben Richtung die immer größer gewordenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst würden. 1975 war mit einem Einbruch des Bruttosozialproduktes um 5,4% das bis heute schlimmste Jahr.

Umfangreiche finanzielle Hilfen waren nur vom Westen zu erwarten – allerdings nicht für eine kommunistische Militärdiktatur. Vermutlich auf Druck einer neuen Mehrheit unter den Militärs trat Vasco Gonçalves Mitte September 1975 zurück. Daraufhin bildete Admiral José Pinheiro de Azevedo die fünfte vorläufige Regierung, deren Minister hauptsächlich dem PS und dem PPD angehörten, der konservativen Partei, die 1976 den irreführenden Namen Partido Social-Democrata (PSD) annahm. Damit war jedoch noch nicht über die zukünftige Staatsform entschieden, denn die extreme Linke war keineswegs entmachtet.

Hauptmann Otelio Saraiva de Carvalho, der Organisator des Umsturzes vom 25. April, war im Juli 1974 vom damaligen Staatspräsidenten Spínola zum Kommandanten des Militärbezirks Lissabon ernannt worden und hatte, zum Brigadegeneral befördert, die Leitung des Comando Operacional do Continente bekommen. COPCON war eine vielgliedrige militärische Sondereinheit, ursprünglich dazu bestimmt, die Durchführung der Direktiven des MFA abzusichern. Unabhängig von den wechselnden Regierungen war Otelio, der meist nur bei seinem Vornamen genannt wurde, seit seiner Ernennung zum eigentlich mächtigsten Mann des Landes und Bewunderer Cubas geworden. Nach dem 11. März 1975 hatte er ohne triftige Begründung und ohne Prozesse dafür gesorgt, dass Hunderte von ‚Feinden der Revolution‘ in Gefängnisse gekommen waren. Auf Druck der neuen Regierung unter Pinheiro de Azevedo und des Revolutionsrates enthob Staatspräsident Costa Gomes ihn am 20. November seiner Funktionen. Fünf Tage danach besetzten Fallschirmjäger des COPCON auf Anweisung oder mit Billigung von Saraiva de Carvalho die Militärflughäfen, offenbar als ersten Akt eines geplanten Putsches. Aber General António Ramalho Eanes, der bis dahin nicht als Führer der gemäßigten Militärs hervorgetreten war, bereitete dem versuchten Umsturz innerhalb von Stunden ein Ende. Damit war nach sieben Monaten die revolutionäre Phase endgültig beendet.

Noch am selben Abend erreichte die Nachricht eine Gruppe von Lissaboner Geographie-Studierenden in einem Hotel von Westberlin. Als erfolgreiche Teilnehmer eines Oberseminars waren sie nach Ende des Studienjahres auf einer Deutschland-Exkursion, wofür das Auswärtige Amt finanzielle Unterstützung gewährt hatte. Viele reagierten auf das Ereignis mit Aufregung, einige mit der Befürchtung eines Rechtsrutsches. Dazu gehörten zwei spätere Geographie-Professoren, Diogo de Abreu und João Ferrão. Letzterer forschte lange am Instituto de Ciências Sociais (ICS) und wirkte von 2005 bis 2009 als Staatssekretär für Raumordnung und Städtebau.

Verlorene, goldene und bedrückende Jahre – die wirtschaftliche Entwicklung

Am 19. September 1975 war die sechste vorläufige Regierung unter Ministerpräsident Pinheiro de Azevedo vereidigt worden. Nach dreizehn Jahren kostspieliger Kolonialkriege, Ölpreisschock, Zustrom von weit über einer halben Million Menschen aus den einstigen *províncias ultramarinas* und immer mehr Arbeitslosen infolge von Demobilisierung sowie Entlassungen im In- und Ausland war das Land der Erschöpfung nahe. Sogleich am Folgetag gewährte die EG dieser Regierung einen Kredit von 150 Millionen ECU, der damaligen Rechnungseinheit European Currency Unit, und übernahm die Zinsen – ein deutliches Zeichen der Hoffnung und eines gewissen Vertrauens.

Zum zweiten Jahrestag des Umsturzes erfolgten am 25. April 1976 die ersten Parlamentswahlen, aus denen die PS mit 34,9 % der Stimmen als stärkste Partei hervorging.

Daraufhin wagte Mário Soares eine Minderheitsregierung. Deren historisch wichtigster Akt war das Gesuch um Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft am 28. März 1977, auch um die errungene staatliche Ordnung zu sichern. Von nun an gewährte die EG in den fast neun Jahren bis zur Mitgliedschaft mindestens 875 Millionen ECU an Vorbeitrittshilfen. Sie dienten zur Förderung von Reformen, zum Aufbau von Institutionen, zur Qualifikation, zur landwirtschaftlichen und regionalen Entwicklung, alles um die Verhältnisse denen der Gemeinschaft anzunähern. Sie wurden aber auch dazu verwendet, das Land, das auf den Finanzmärkten als unsicher galt, vor bedrückenden Zinsen für Staatsanleihen zu bewahren. Allerdings ging damit die Verpflichtung zu höchst unbeliebten Austeritätsmaßnahmen einher.

Ab Januar 1978 folgten sechs weitere Regierungen. Davon wurden vier von Ministerpräsidenten der PSD, darunter Durão Barroso, geführt. Mit dem definitiven Ende der Revolutionszeit im November 1975 begann also keineswegs eine Epoche politischer Stabilität und des wirtschaftlichen Aufschwungs, sondern es verstrichen genau zehn Jahre wirtschaftlicher Stagnation.

Von 1973 bis 1976 nahm die Bevölkerung plötzlich um 774 000 oder 9 % zu; Versorgung und Reintegration waren offenkundig große politische Aufgaben. Weniger deutlich erkennbar waren andere Herausforderungen. In vielen verstaatlichten Unternehmen, deren Bestand durch die Verfassung geschützt blieb, sank im Laufe der Zeit die Produktivität durch personellen Überbesatz, überdurchschnittliche Löhne und Mängel in der Betriebsführung. Das belastete den Staatshaushalt durch Subventionen aus dem Steueraufkommen, was wiederum die Handlungsfähigkeit aller Regierungen unabhängig von deren Zielsetzungen begrenzte.

Die Instabilität der Regierungen, die politisch geprägte Unternehmensstruktur, hinderliche Genehmigungsverfahren nach alten und neuen Bestimmungen, ja sogar der Fortbestand der Agrarkooperativen und einzelne Ereignisse wie der ungeklärte Flugzeugabsturz des Ministerpräsidenten Sá Carneiro (PSD) bewirkten bei potenziellen Investoren ein eher negatives Image von Portugal. Das stand in deutlichem Unterschied zu Spanien, wo es nach dem Tod des Diktators Franco im November 1975 keine revolutionäre Bewegung gab und wo ein weitaus größerer Binnenmarkt lockte. Seitdem Großbritannien gemeinsam mit Irland und Dänemark Anfang 1973 der EG beigetreten war, bestand zwischen der erweiterten Gemeinschaft und den verbliebenen kleinen EFTA-Ländern ein Freihandelsabkommen, das sukzessive verwirklicht wurde. In Portugal konnte dies jetzt für die Landwirtschaft und wichtige Industriezweige bedrohlich werden. Die auf neun Mitglieder vergrößerte EG, die schon keine Importzölle mehr auf vielerlei portugiesische Waren erhob, beschloss für das Land zeitliche Konzessionen, um dessen Wirtschaft zu schonen.

Ab Mitte 1983 führte Mário Soares die neunte Regierung seit Inkrafttreten der neuen Verfassung (IX Governo Constitucional). Als in der Koalitionspartei PSD Aníbal Cavaco Silva zum neuen Vorsitzenden gewählt worden war, kündigte dieser Mitte 1985 die Zusammenarbeit. In einer vorgezogenen Wahl wurde die PSD erstmals stärkste Partei, blieb jedoch mit nur 20,8 % Stimmenanteil weit von einer Position der Stärke entfernt. Gleichwohl wagte Cavaco Silva im November 1985, nach „zehn verlorenen Jahren“, eine Minderheitsregierung mit einer vom ehemaligen Staatspräsidenten Ramalho Eanes inspirierten, kurzlebigen Protestpartei (Partido Renovador Democrático, PRD) und der kleinen rechten Partei CDS.

Keine zwei Monate nach Regierungsantritt, aber fast neun Jahre nach dem Beitritts-gesuch durch Mário Soares, wurde das Land am 1. Januar 1986 zusammen mit Spanien Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Die lange erhoffte Aufnahme brachte Cavaco Silva indirekt einen Prestige-Gewinn. Und nachdem vor rund zwölf Jahren einige Politiker das Land als *terceiro-mundista*, als zur Dritten Welt gehörig, bezeichnet hatten, fühlten sich die Portugiesen nun als Europäer bestätigt. Da Portugal bezüglich volkswirtschaftlicher Leistung und Landesentwicklung an letzter Stelle in der neuen Gemeinschaft der zwölf Staaten lag, waren ihm hohe Zuwendungen zum Aufholen auf nicht absehbare Zeit sicher. Zu den Mitteln aus Fonds für Regionalentwicklung, Landwirtschaft, Soziales und zwei Sonderprogrammen für Industrie und Landwirtschaft kamen noch hohe Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Schon 1987 zerbrach die Koalition durch Streitereien. Daraufhin brachten die – wieder einmal – vorgezogenen Wahlen eine große Überraschung: Die kleineren Koalitionsparteien wurden abgestraft, die Mitte-Rechts-Partei von Cavaco Silva erzielte als erste unter allen Parteien mit 50,2% eine absolute Stimmenmehrheit. Damit bestand eine fast unangreifbare Position im Parlament, der Assembleia da República, eine zweite Amtszeit von vollen vier Jahren war gesichert.

Im April 1989 wurde es möglich, gemeinsam mit PS und kleineren Parteien eine Zweidrittelmehrheit für eine zweite Reform der Verfassung (nach 1982) zu bilden, die am 1. Juni in Kraft trat. Unter dem Eindruck der Entwicklung in Osteuropa wurde der Sozialismus als Staatsziel gestrichen; nicht einmal die Kommunisten stimmten dagegen. So kam es zu einer neoliberal orientierten Wende, nur weit weniger spektakulär als die Nelkenrevolution. Unter den vielen Änderungen sind zwei hervorzuheben: Erstens sollten die verbliebenen Strukturen aus der nie amtlich durchgeführten Agrarreform so weit wie möglich getilgt werden. Zweitens konnten die bislang irreversiblen Verstaatlichungen von Unternehmen aufgehoben werden, wenn auch ohne Rückgabe an die einstigen Eigentümer und mit vielen Verfahrensklauseln. Ziel war es, die Zahlungen an Staatsbetriebe einzusparen, mit den Erlösen aus Privatisierungen das Haushaltsdefizit zu mindern und die Staatsschulden abzubauen. Auch eine Anpassung an das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft dürfte ein Motiv gewesen sein.

Von nun an erschien die demokratisch legitimierte und wirtschaftsfreundliche Regierung als verlässlicher Partner. Ausländische Investitionen nahmen schnell zu. Dabei sind einerseits die eher modernen Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Optik zu erwähnen, andererseits wurden durch Betriebsübernahmen oder Auftragsvergabe auch traditionelle Zweige gestärkt, vor allem die Herstellung von Textilien, Bekleidung, Schuhen. Ausländische Investoren brachten einerseits Maschinen, nutzen andererseits die niedrigsten Löhne unter allen EG-Ländern, die noch deutlich unter denen Spaniens lagen. Bei Lohnfertigung eröffneten sie den Zugang zu einem Absatzraum von damals 370 Millionen Einwohnern. Das war allein demographisch das Zweiunddreißigfache Portugals, nach Kaufkraft noch viel mehr. Die Impulse zur industriellen Fertigung machten sich besonders im Nordwesten bemerkbar, wo gewerbliche Fertigung und Erwerbskombination mit kleinbäuerlicher Landwirtschaft Tradition hatten. Eine dichte, damals noch zunehmende Bevölkerung, sowie die Abnahme der nebenerwerblichen Landnutzung sicherten auf absehbare Zeit die Verfügbarkeit von Arbeitskräften.

Durch den Tourismus kamen Devisen ins Land. Nachdem im Jahre 1977 der Stand der Ausländerübernachtungen von 1973 wieder erreicht worden war, nahm der Zustrom von Gästen weiter zu, und der Inlandstourismus expandierte ebenfalls. Ausländer stellten vor allem in der Algarve eine starke Bautätigkeit fest, nicht aber den Bau von Ferienimmobilien durch Inländer an der Westküste. Für die wachsende Inlandsnachfrage war dies nur eines von vielen Zeichen, neben der Menge neuer Autos, der Verbreitung von Supermärkten und dem Bau von Einkaufszentren. Dazu trugen mehrere Faktoren bei: Rückgang der Arbeitslosigkeit, steigende Realeinkommen, nachgebende Energiepreise, sinkende Importzölle. Portugiesische Banken warben mit günstigen Hypotheken und Kreditzinsen. Nicht zu unterschätzen war ein psychologischer Faktor: Viele Portugiesen waren optimistisch geworden und wollten nun „wie die anderen Europäer“ leben, und sei es auf Pump.

Ganz offensichtlich trugen große finanzielle Zuwendungen der EG zum Wirtschaftswachstum bei, leicht erkennbar an den vielen Neubauten der öffentlichen Hand (Autobahnen, Brücken, Schulzentren, Universitäten, Krankenhäuser, Busterminals, Hafenanlagen). Erhebliche Mittel flossen außerdem zur Technisierung im Agrarsektor, für die Stadterneuerung und die Regionalförderung (z. B. durch Museen). Nach den Sparmaßnahmen vorausgegangener Regierungen konnten unter Premier Cavaco Silva jetzt die nötigen Eigenanteile des Staates an den Projekten aufgebracht werden, wenn auch teilweise mittels Kreditaufnahme durch die Regierung. In einer Phase offensichtlichen Wirtschaftsaufschwungs wurde Cavaco Silva mit absoluter Mehrheit sogar für eine dritte Amtszeit gewählt. In diese Periode fiel 1992 erstmals die EU-Ratspräsidentschaft Portugals, mithin ein Prestigegewinn des Premiers, und zu diesem Ereignis wurde das Centro Cultural de Belém errichtet. 1994 wurde Lissabon europäische Kulturhauptstadt, und schon begannen die Arbeiten für die EXPO 98. Weitgehend parallel zur Regierungszeit von Cavaco Silva (1985–1995) verliefen von 1986 bis 1996 die beiden Amtsperioden von Mário Soares als Staatspräsident mit klarem politischem Profil. Im Verlauf der langen Kohabitation ließ er mehrere Vorhaben der Regierung durch das Verfassungsgericht prüfen, was als Korrektiv wirken konnte.

Während der zehnjährigen Regierungszeit von Cavaco Silva lag das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum Portugals deutlich über dem der EU (3,2/2,3 %), es gab also Annäherung an den höheren Wohlstand im westeuropäischen Wirtschaftsraum, die sich in den darauffolgenden Jahren verlangsamte. So kann nicht verwundern, dass die Epoche Cavaco Silva im Rückblick als das kurze ‚goldene Zeitalter‘ erscheint. Noch in der Ära Cavaco Silva kam es völlig unvorhergesehen infolge der von Gorbatschow initiierten *Perestroika* 1990 zur Wiedervereinigung Deutschlands, und Mitte 1991 löste sich der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, COMECON) auf. In dieser seit 1949 bestehenden internationalen Organisation der kommunistisch regierten Staaten des östlichen Europa waren gemäß herrschender Doktrin die größten sozialen Probleme gelöst. Deshalb hatten in der schulischen und beruflichen Ausbildung die Naturwissenschaften und Technik einen hohen Stellenwert. Zur Qualifikation der Arbeitskräfte kam eine Spezialisierung vieler Großbetriebe auf den übernationalen Absatz. In Portugal wurde eine mögliche Bedrohung der eigenen Wirtschaft aus dem vermeintlich sehr weit entfernten Osten zwar wahrgenommen, fand aber zu wenig Berücksichtigung in Entscheidungen bei Tarifabschlüssen. Sehr bald wurden Auslandsinvestitionen nicht mehr nach Portugal, sondern in Unternehmen des östlichen Europa gelenkt, die schnell privatisiert wurden. Außerdem waren dort die

Löhne noch niedriger, Genehmigungsverfahren rascher, das Streben nach Wohlstand intensiver.

1999 wurde Portugal unter Ministerpräsident António Guterres (PS, 1995–2002) wunschgemäß und trotz Bedenken in manchen Mitgliedstaaten in die Europäische Währungsunion aufgenommen. Statt des Escudo, der leicht abzuwerten war, wurde der Euro zur Verrechnungseinheit, noch bevor Anfang 2002 die Währung als Bargeld ausgegeben wurde. Fortan galt gemäß Maastrichter Vertrag die Verpflichtung, die Staatsschulden unter 60 % des Bruttoinlandsproduktes und die Neuverschuldung unter 3 % im Jahr zu halten, die Inflation nicht um mehr als 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedsländer steigen zu lassen. Die Regierung hatte sich erhofft, durch höhere Markttransparenz, den Wegfall von Transaktionskosten und Wechselkursunsicherheiten mehr ausländische Investitionen und Touristen anzuziehen, wohl auch Prestige zu gewinnen. Aber schon 2001 konnte Portugal als erstes Land den Grenzwert von 3 % Nettoneuverschuldung am BIP nicht halten, geriet als erstes Land in eine Rezession. Von 2000 bis 2008 stiegen in Portugal die Löhne um 27 %, dreimal so stark wie in Deutschland und weit mehr als die Arbeitsproduktivität. Insbesondere arbeitsintensiv gefertigte Güter wurden erheblich teurer, waren schwerer zu verkaufen, sowohl im Ausland wie im Inland. Im Zuge der Globalisierung wirkte die asiatische, insbesondere chinesische Konkurrenz. Das Land verlor an Wettbewerbsfähigkeit, geriet wie die anderen südeuropäischen EU-Staaten 2008 in eine Krise, aber in keinem währte die Rezession gleichermaßen lange. Auch unter den nachfolgenden drei Regierungen blieben die hohen Staatsausgaben für die Beschäftigten im ausgedehnten öffentlichen Dienst, die in keinem anderen EU-Land einen so großen Anteil an der gesamten Beschäftigtenzahl einnahmen, zugleich günstigere Arbeitsbedingungen als in der Privatwirtschaft genossen.

Die Regierungszeit von José Sócrates (PS, 2005–2011) fiel in die langen Jahre der Rezession (2001–2012). Die Staatsverschuldung stieg dermaßen, dass Anleihen nur noch zu untragbar hohen Zinsen möglich waren, ein Staatsbankrott drohte. Die Regierung sah sich genötigt, im April 2011 den EU-Rettungsschirm zu beantragen. Zwei Institutionen der Euro-Länder zur Stabilisierung staatlicher Finanzen (EFSE und ESM) sowie der Internationale Währungsfonds gewährten zu gleichen Anteilen 78 Milliarden Euro unter der Bedingung von Sparmaßnahmen. Zwei Monate später wurde es zur Aufgabe der Regierung Passos Coelho (PSD), die höchst unbeliebten Maßnahmen unter der Kontrolle der von vielen verhassten Troika drei Jahre lang bis Mai 2014 durchzuführen. Personal des öffentlichen Dienstes wurde abgebaut, hohe Renten gemindert, Arbeitslosengeld nach Umfang und Dauer gekürzt, die Zahl der Gemeinden (*freguesias*) in der kommunalen Gebietsreform von 2013 mäßig reduziert. Zum Abbau der Staatsschulden wurden große Unternehmen privatisiert, beispielsweise ab 2011 die drei großen Elektrizitätsversorger und Netzbetreiber (EDP, EDP Renováveis; REN), der Flughafenbetreiber und 2014 die Post (CTT).

Andererseits kam es zur unvorhergesehenen Belastung des Haushalts durch eine zehnjährige Bankenkrise (2008–2017). Spätestens seit 2008 litten mehrere Institute des zersplitterten Bankensystems darunter, dass ein wachsender Teil der ausgebenen Kredite nicht mehr bedient wurde. Nachdem schon eine Bank vom Staat aufgekauft worden war und einen zweiten Konkurs angemeldet hatte, musste der Staat in den Jahren 2014/15 zwei große Banken retten. Die Arbeitslosigkeit stieg 2013 auf 18 %, wobei die Quote unter jungen Erwachsenen fast 43 % erreichte. Es kam zu meh-

rerer Generalstreiks sowie zur Arbeitsniederlegung in staatlichen Betrieben jeder Art (z. B. Verwaltung, Lehre, Bahn, TAP). Gegen einige der staatlichen Maßnahmen entschied das Verfassungsgericht. 2015 zerbrach die Koalitionsregierung von Coelho am Verhalten des kleineren Partners. Seit dem Ende des „goldenen Jahrzehnts“ unter der Regierung Cavaco Silva waren zwanzig Jahre geringen Wirtschaftswachstums, hoher privater und staatlicher Verschuldung vergangen. Nach vielen Enttäuschungen hatte sich Pessimismus verbreitet.

Die Regierung António Costa

In den vorgezogenen Neuwahlen im November 2015 erzielte PSD im Wahlbündnis mit einem kleinen rechten Partner trotz der zuvor durchgesetzten Härten einen höheren Stimmenanteil als die Sozialisten (38,5/32,2 %). Aber deren frisch gewählter Generalsekretär António Costa, seit 2007 Bürgermeister von Lissabon, lehnte eine Koalition unter Pedro Passos Coelho kategorisch ab. Mit dem Linksblock (Bloco Esquerda, BE) und einem Wahlbündnis von Kommunisten und Grünen, der Coligação Democrática Unida (CDU), erreichte er ein Tolerierungsabkommen. Mit deren Duldung konnte seine Minderheitsregierung die ganze vierjährige Legislaturperiode durchstehen. Ihm kam zugute, dass portugiesische Staatsanleihen, die auf den Kapitalmärkten allenfalls mit exzessiv hoher Verzinsung zu platzieren gewesen wären, gleich 2016 von der Europäischen Zentralbank gekauft wurden. Diese höchst umstrittene Staatsfinanzierung der EZB unter Mario Draghi wurde dann auch mit anderen hoch verschuldeten Südländern praktiziert. Im selben Jahr zeichnete sich eine Erholung der Wirtschaft ab, Exporte und Tourismus nahmen zu, Banken erholten sich durch Geld von ausländischen Großaktionären; die staatliche Neuverschuldung kam unter 3 %.

Wie schon unter Passos Coelho wurden keine staatlichen Großprojekte mehr initiiert, hingegen sollte der Binnenmarkt belebt werden. Der Mindestlohn wurde erhöht, ein Teil der Sparmaßnahmen der vorangegangenen Regierung rückgängig gemacht, gestrichene Feiertage wieder eingeführt. Das trug zur Popularität des Ministerpräsidenten Costa bei. Nach seiner vollen ersten Amtsperiode sank in der Wahl von 2019 die Beteiligung zwar auf den Tiefpunkt von 48,6 %, aber der Anteil seiner Partei PS stieg, wohingegen der von PSD erheblich sank (36,3/27,8 %). Wieder bildete Costa eine Minderheitsregierung, der die Parteien der äußeren Linken jedoch 2021 die Unterstützung versagten. Deshalb mussten am 30. Januar 2022 vorgezogene Wahlen stattfinden, bei denen die PS ein noch besseres Ergebnis erzielte, während PSD nahezu unverändert blieb (41,4/27,7 %). Nun verfügten die Sozialisten über 120 von 230 Parlamentssitzen, so dass unerwartet eine Mehrheitsregierung gebildet werden konnte. Es galt als wahrscheinlich, dass mit dem Amtsantritt von Premier António Costa im November 2015 eine lange Regierungszeit bis 2026 begonnen wurde, ähnlich wie einst mit dem gewagten Akt von Cavaco Silva, nur unter anderem parteilichen Vorzeichen.

Die 2021 zugesprochenen Mittel aus dem Aufbaufonds der EU nach der Covid-Epidemie und der wieder verstärkte Tourismus erwiesen sich zwar als günstig für den Staatshaushalt, dessen Konsolidierung angestrebt wurde. Aber das Vertrauen in die Regierung ist schnell geschwunden, denn schon im ersten Jahr mussten die Ministerin für Gesundheit und der Minister für Infrastruktur und Wohnen neu besetzt werden, und auf vielen Posten von Staatssekretären erfolgte erzwungener Wechsel. Korruption, Gewährung exzessiver Abfindungen und Pflichtverletzungen waren die Gründe.

Da die Lebenshaltungskosten sich infolge von Inflation deutlich erhöht hatten, besonders aber weil die geforderten Mieten in den letzten fünf Jahren stärker gestiegen waren als in jedem anderen Land der EU, kam es seit Jahresbeginn 2023 in vielen Städten zu heftigen Protesten.

Für die Verknappung und den Preisanstieg (groß-)städtischer Wohnungen gibt es drei Faktoren: erstens deren massenhafte Vermietung zur zeitlich eng begrenzten Nutzung durch Ortsfremde, was als *alojamento local* seit 2008 zur Förderung des Tourismus gedacht war, was zumeist über die damals schon bestehende Internetplattform airbnb geschieht; zweitens die seit 2012 praktizierte Vergabe eines „goldenen Visums“ an Personen aus Staaten außerhalb der EU nach dem Kauf einer Immobilie im Wert von mindestens 500 000 Euro, drittens die Niederlassung wohlhabender ausländischer Rentner, die im Herkunftsland Steuern vermeiden wollen. Haushalte mit niedrigem Einkommen, insbesondere Bezieher des Mindestlohnes, sind dadurch in extreme Schwierigkeiten geraten. Zwar sollen zukünftig Genehmigungen für *alojamento local* in Lissabon und Porto nicht mehr erteilt werden, und das *Visto Dourado/Visto Gold* wurde im Februar 2023 abgeschafft. Aber andere Gesetze könnten diese Maßnahmen konterkarieren und die Nachfrage nach Wohnungen durch Ausländer verstärken. So werden seit 2022 die Aufenthaltsgenehmigungen an vier Personengruppen mehr oder minder großzügig erteilt, nämlich an Personen der neun Staaten mit portugiesischer (Amts-) Sprache, der 1996 gebildeten Comunidade dos Países de Língua Portuguesa mit rund 270 Millionen Menschen, an ortsunabhängig arbeitende, einkommensstarke „digitale Nomaden“, an Personen, die die Immatrikulation an einer portugiesischen Universität nachweisen können und schließlich an Arbeitsuchende. Im Zusammenhang mit Korruptionsverdacht kam es zu staatsanwaltlich angeordneten Untersuchungen sowohl in Ministerien als auch – infolge eines Irrtums – am Regierungssitz. Daraufhin nahm Staatspräsident Marcelo Ribeiro de Sousa das Rücktrittsgesuch von António Costa an und beauftragte ihn zur kommissarischen Führung des Amtes als Ministerpräsident bis zu den angesetzten Neuwahlen am 10. März 2024.

Zwischenfazit

Was ist nach einem Rückblick auf fast ein halbes Jahrhundert festzuhalten? Zweifelsfrei positiv war das Ende der Kolonialkriege, die nicht nur den einstigen *províncias ultramarinas*, sondern auch dem ‚Mutterland‘, der *metrópole* geschadet haben, demographisch, ökonomisch und sozial. Das Ende des *Estado Novo*, der plötzlich zum *antigo regime* geworden war, brachte die Befreiung großer Teile der Gesellschaft von einem Druck, der je nach individueller Position höchst unterschiedlich wirken konnte – vom Zwang zu vorsichtiger Formulierung bis zur Gefangenschaft und Tod. Insbesondere für junge Männer war jetzt das Motiv zum riskanten *salto*, dem „Sprung“ über zwei Staatsgrenzen entfallen. Beschäftigte können seither ihre Interessen frei vertreten. Positiv waren auch Aufbruchsstimmung und Leistungswille, zumindest unter den Studierenden.

Negativ wirkten sich wirtschaftspolitische Weichenstellungen aus, die weder demokratisch legitimiert waren noch auf Erfahrung beruhten. Nachdem portugiesische Industrieunternehmen einiger Branchen seit 1938 durch *condicionamento industrial* sogar vor inländischer Konkurrenz geschützt waren und andere jahrzehntelang einen gesicherten Absatzmarkt in den Kolonien gehabt hatten, kam es 1975 zu Verstaatli-

chungen. Dadurch bestand bis weit in die 1980er Jahre, also bis in die Zeit der Globalisierung, ein gewisser Schutz vor internationalem Wettbewerb. Die im Jahre 1975 mit Abstand größten Industriebetriebe hätten vielleicht die Möglichkeiten zur Expansion und Innovation geboten, auch wenn sie im internationalen Vergleich nach Beschäftigtenzahl nicht wirklich groß waren. Damals hatte die Werft Lisnave 8500 Beschäftigte, der Chemiekonzern CUF 7800, das Eisenhüttenwerk Siderurgia Nacional 4100. Sie sind jedoch zerschlagen worden oder haben geschwächt sehr an Bedeutung verloren.

Heute dominieren unter den nach Umsatz größten hundert Unternehmen die Versorger mit Elektrizität (EDP), Treibstoff (Petrogal) und Gas (Galp), außerdem Supermarkt-Ketten (Pingo Doce, Modelo) und ein Mischkonzern mit Schwerpunkt in Handelsimmobilien (Sonae), der auch im Ausland investiert hat (z. B. Alexa/Berlin). Dagegen liegen Siderurgia Nacional und Lisnave, nach der Schließung des Stammwerkes in Cacilhas im Jahre 2000 und Verlagerung nach Mitrena/Setúbal, nur noch auf hinteren Rängen, sind ganz bzw. teilweise im Besitz ausländischer Investoren. Unter den 18 wichtigsten Unternehmen, deren Daten als Grundlage für den Lissaboner Aktienindex dienen, tragen allein vier Versorger mit Elektrizität, Gas und Treibstoff mit rund 50 Prozent zur Gewichtung bei. Es folgen Unternehmen des Handels, der Telekommunikation und die Post. Die Industrie ist mit einer Gewichtung von nur 8 % durch zwei Firmen vertreten. Beide produzieren unter neuen Namen in mehreren Fabriken Zellulose und Papier auf der Grundlage von rund 200 000 ha Eukalyptuswald. Technologisch moderne Industriebetriebe mit hohem Exportanteil, in denen auch geforscht und entwickelt wird, gehören weitgehend zu multinationalen Unternehmen. Aus Deutschland sind dies beispielsweise VW (Autoeuropa), Siemens und Bosch, deren Erzeugnisse nicht alle den Namen der Mutterfirma tragen.

Streifzüge durch ein umgestaltetes Land

Ausgangspunkt Lissabon

Kommt man nach fünfzig Jahren am vergrößerten Flughafen von Lissabon an, so mag man erstaunt den hohen Anteil von Personen afrikanischer Herkunft wahrnehmen. 1974 waren in Lissabon, anders als in Paris und London, kaum Menschen aus den Kolonien festzustellen, sieht man von ganz wenigen Kapverdianern ab, die mangels lokaler Arbeitskräfte im Straßenbau und zur Anlage des dekorativen Kleinpflasters *calçada portuguesa* beschäftigt waren.

Bei der Fahrt durch die Avenida Gago Coutinho sind die alten Großvillen weitgehend erhalten, dienen aber jetzt vor allem als noble Bürogebäude. Der westliche Hang ist dicht von hellen, mehrgeschossigen Gebäuden überzogen, der östliche teilweise parkartig angelegt. Das betrifft auch die Stelle des einstigen *bairro de realojamento*, hinter dem sich nach Südosten ein weites hügeliges Gelände erstreckt, das ganz unübersichtlich von *azinhagas* (Hohlwegen) mit säumenden Mauern durchzogen war. Dahinter blieben Hüttensiedlungen versteckt, heute stehen dort mehrgeschossige Blocks der *habitação social*, deren Bewohner großenteils nichteuropäischer Herkunft sind.

Erfolgt die Fahrt zum Zentrum hingegen über die breite Avenida da República, so fällt als erstes auf, dass die lange Strecke des einstigen Vergnügungsparks *Feira Popular*, die nach der Räumung 2003 jahrelang Ödland bildete, komplett bebaut ist. Und im weiteren Verlauf bemerkt man zwischen vielgeschossigen, glatten Büro- und Ho-

telbauten nur noch vereinzelte Großvillen mit üppig dekorierten Fassaden. Das sind letzte Relikte aus der Zeit der Bebauung der Avenidas Novas (ca. 1890–1930), die quer zu dieser Achse verlaufen. Der Blick fällt auf den etwas zurück gesetzten, neo-arabischen Rundbau der Praça de Touros, der Stierkampfarena von 1892, die nach Umbau seit 2006 auch von Geschäften und für Veranstaltungen genutzt wird.

Am Kreisel des Saldanha-Platzes befindet sich gegenüber dem Sheraton-Hotel, das nicht mehr wie einst eine Landmarke bildet, das Shopping Monumental. Von der Rotunda do Pombal, dem großen Verkehrsverteiler, führt die Avenida da Liberdade als Prachtachse leicht abwärts zum Rossio, offiziell Praça D. Pedro IV. Einst kündeten die Showrooms ausländischer Automarken und Büros von Fluggesellschaften von der weiten Welt. Heute bestimmen Hotels, besonders die eines spanischen Konzerns, und Filialgeschäfte für spanische, italienische und französische Luxusartikel die Struktur. Am unteren Ende des Rossio setzt sich die Geschäftsachse leicht versetzt in der Rua Augusta fort. Mit Parallelstraßen strukturiert sie die Unterstadt (*Baixa*), die nach dem Erdbeben von 1755 systematisch angelegt wurde. Sie steht flächenhaft unter Denkmalschutz, so dass an den Fassaden der Obergeschosse kaum Veränderungen festzustellen sind.

1974 präsentierten sich in der Rua Augusta zu beiden Seiten inhabergeführte Spezialgeschäfte, über denen sich oft Arztpraxen und Anwaltskanzleien befanden. Zehn Jahre später war die Straße mit dekorativem Kleinpflaster als Fußgängerbereich umgestaltet, so dass dort Platz für Außenbewirtschaftung entstanden ist. Hier erreicht der Strom an Touristen die größte Intensität, zumal an der Mündung zur Praça do Comércio der Triumphbogen den Fremden als Merkzeichen dient. Einst gingen morgens und gegen Abend Massen von Menschen mehr oder minder hastig über die östliche Seite des Platzes. Denn vor der Flussfront des Gebäudes, das damals noch die Börse beherbergte, befand sich am Tejo-Ufer die Estação Fluvial Terreiro do Paço, Anlegestelle von Fähren, die in engem Takt die Verbindungen mit den Wohn- und Industriegemeinden Cacilhas, Seixal, Barreiro, Montijo und Alcochete am Südufer des Ästuars herstellten, der *outra banda*, wie man in Lissabon zu sagen pflegt. Nach der Fertigstellung der ersten Brücke über den Tejo 1966, deren untere Ebene seit 1999 von Fernzügen und der Metro befahren wird, und der Ponte Vasco da Gama (1998) hat hier der Fährverkehr sehr an Bedeutung verloren, ist auf Barreiro beschränkt. Nicht ganz so sehr gilt dies für die Estação Fluvial Cais do Sodré.

Bei einer Rückkehr nach fünfzig Jahren können die Achsen, Rotunden, Plätze und Merkpunkte sofort wieder der Orientierung dienen. Ganz starke Veränderungen sind jedoch am Ersatz alter Gebäude durch neue und am Funktionswandel der erhalten gebliebenen festzustellen, weiterhin an der Ausdehnung neuer Wohnviertel. Innerhalb der Stadtgrenzen von Lissabon gab es 1974 noch weite, städtebaulich unstrukturierte Gebiete, die großenteils seit Jahrhunderten von Landgütern eingenommen waren. Bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hatten sie neben der Erzeugung von Gemüse und Obst auch mit *quintas de recreio* dem Freizeitaufenthalt der Eigentümer gedient. Vor 1974 war nur ein kleiner Teil dieser Flächen für gut geplante Stadtviertel von nennenswerter Größe genutzt worden (Encarnação, Olivais Norte, Olivais Sul). Der weit überwiegende Teil der unübersichtlichen Gelände ist erst seither durch neue Wohngebiete überzogen worden, mehr im Nordwesten zwischen dem Flughafen und dem Waldpark von Monsanto als im Südosten zwischen der Rotunda do Aeroporto und der Bahnlinie parallel zum Tejo-Ufer.

An vielen Stellen waren nicht nur Hüttensiedlungen entstanden, sondern auch *bairros clandestinos*, Areale ungenehmigter Massivbauten, sowie provisorische Plan-siedlungen der Stadtverwaltung, wohin Bewohner von Baracken umgesiedelt wurden. 1974 hatten sich schnell Bürgerinitiativen gebildet, die als *comissões de moradores* darauf drangen, dass vielerlei Missstände in den Wohnverhältnissen beseitigt würden. Obwohl die Stadtverwaltung (*Câmara Municipal*) sich bemühte, wurde der Wohnungsmangel nicht schnell behoben. Gebiete mit den genannten Arten der Bebauung dehnten sich sogar bis in die achtziger Jahre weiter aus, da für die *retornados* und Zuwanderer aus Afrika und aus der Provinz nicht schlagartig Neubauten erstellt werden konnten.

In den Gebieten der illegal erstellten Massivbauten, die im Allgemeinen Elektrizitätsversorgung hatten, wurden so gut wie möglich Straßen gebaut und unterirdische Leitungen für Strom, Wasser und Abwässer verlegt. Sowohl Hüttensiedlungen als auch städtische *bairros provisórios* wurden teilweise erst nach Jahrzehnten aufgelöst. Das gilt beispielsweise für das Gebiet westlich des Flughafens, wo die engen Reihen kleiner Nothäuser von Musgueira Norte und Musgueira Sul mitsamt den Baracken im Umfeld erst 2003 ganz beseitigt wurden. Seither durchziehen Schnellstraßen in Nord-Süd-Richtung das Terrain. Einem Teil der Familien hat man in der Nähe Sozialbauwohnungen angeboten, die noch immer im Neubaugebiet Alta de Lisboa im Entstehen sind. Das Quartier mit zwei Parks dehnt sich auf dem Gelände einstiger Quintas aus, sollte spätestens 2015 fertig sein, dürfte nach Verzögerungen aber erst 2030 vollendet werden. Es kann erstaunen, dass trotz der Ausdehnung von Neubaugebieten die Einwohnerzahl der Hauptstadt von der Volkszählung 1960 bis zu der von 2021 stark abgenommen hat, nämlich von 802 000 auf 545 000. Dieser langfristige Trend wurde nur durch den Zustrom aus den einstigen Kolonien deutlich unterbrochen. Wie im übrigen Europa spielt die Verkleinerung der Haushalte eine große Rolle.

Ein weiterer, vielleicht noch stärkerer Faktor ist die diffuse Umwidmung von Wohnungen und ganzen Häusern zu gewerblichen Zwecken, sehr deutlich in der Innenstadt und im Viertel Avenidas Novas. Denn Lissabon ist nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft das Entscheidungs- und Kontrollzentrum. Auffällig sind die Bauten von Banken und Versicherungen, in denen mehr als die Hälfte der portugiesischen Beschäftigten dieser Branchen arbeitet. In anderen Zweigen der unternehmensnahen Dienstleistungen, in denen Lissabon eine überragende Position einnimmt, benötigen die Zentralen weniger Büroraum, man denke an Markt- und Meinungsforschung, Werbung, Kongress- und Messeveranstalter. Nicht zu vergessen sind die privaten Universitäten und vielen Einrichtungen des Gesundheitswesens. Zur Abnahme der statistisch registrierten Einwohner trägt auch die Vermietung als lokale Unterkunft an Personen bei, die nicht zur Wohnbevölkerung zählen. Davon sind eher die zentrumsnahen Quartiere mit starkem Relief, engen Straßen, aber oft angenehmem Ausblick betroffen, wo es teilweise schon seit Jahrzehnten städtebauliche Förderung gibt (Alfama). Die Genehmigung für *alojamento local* ist am Zeichen AL neben der Haustür zu erkennen. Die Vermietung hat sich schon vor 2020 innerhalb weniger Jahre rapide ausgebreitet, so dass sowohl Lissabon als auch das ganze Land Spitzenplätze im internationalen Vergleich einnehmen. In den beiden folgenden Jahren wirkte sich die Corona-Pandemie verstärkend aus, weil Lissabon zum beliebten Ziel von *nómadas digitais* wurde.

Eine besondere Beachtung verdient die Konversion von ausgedehnten Gewerbeflächen entlang des östlichen Tejo-Ufers vom Bahnhof Santa Apolónia bis zur Stadtgrenze an der Ponte Vasco da Gama. Einst war auf den Stadtplänen der äußerste Osten Lissabons gleichsam abgeschnitten, vermutlich weil ein ‚normaler Mensch‘ dort nichts zu suchen hatte. Dort ist das früher unzugängliche Areal des städtischen Schlachthofes und der Raffinerie von Cabo Ruivo für die Weltausstellung von 1998 geräumt und komplett umgestaltet worden. Der erst ein Jahr später fertiggestellte Fernbahnhof Gare do Oriente, von weitem ein Glaspalast mit gotisch-filigran anmutenden Stahlstreben, steht dort, wo zuvor die Avenida de Berlim stumpf vor den Gleisen endete. Aus dem Bahnhof gelangt man kaum merklich in das gleichzeitig eröffnete Einkaufszentrum Vasco da Gama, flankiert von zwei 110 m hohen Wohn- und Hoteltürmen mit markant aufgesetzten Segeln.

Auf dem Gelände der Expo 98, heute als Parque das Nações bezeichnet, sind mehrere Gebäude erhalten geblieben, von denen nur einige erwähnt seien. Die architektonisch unauffällige, lang gestreckte Ausstellungshalle wird von der Lissaboner Messgesellschaft bewirtschaftet, die ihre kleinen Bauten westlich der Ponte 25 de Abril aufgegeben hat. Ein relativ flacher Kuppelbau, seit 2013 als Altice Arena bezeichnet, ist die größte Mehrzweckhalle Portugals. Das Ozeanarium und der Pavilhão do Conhecimento, ein Wissensmuseum mit Interaktionsmöglichkeiten, ziehen noch immer Einheimische und Touristen an. Die übrigen Flächen blieben uferparallel in parkartiger Gestaltung erhalten, gesäumt von einer langen Reihe Themen-Restaurants, oder wurden für vielgeschossige Wohnbauten genutzt, gelten als beliebte Lage für gut 22 000 Bewohner. Das große Hafenbecken der alten Doca dos Olivais ist für Freizeitboote umgewidmet worden.

Südlich anschließend erstreckte sich das einst ebenfalls unzugängliche Gelände der Waffenfabrik von Braço de Prata. Nach der Betriebsaufgabe 1998 ist eines der Gebäude 2007 zum Kulturzentrum umgestaltet worden. Die übrigen Flächen sind hier ebenfalls für Wohnbauten und Uferpromenade vorgesehen. Weiter in Richtung Stadtmitte befand sich im Anschluss an die Doca do Poço do Bispo ein Komplex aus Fabriken und Lagern, wo Verpflegung für das Militär bereitgestellt wurde, die Manutenção Militar. Seit 2018 erstreckt sich ab dieser Konversionsfläche ein fast 1,5 Kilometer langer Kai, wo Kreuzfahrtschiffe anlegen können. Die 2017 in Betrieb genommenen Empfangsgebäude sind nur 400 Meter von der traditionellen Station der Fähren entfernt, so dass sich nun nicht mehr täglich Ströme von Pendlern, sondern episodisch Massen von Ausländern über den Terreiro do Paço ergießen, wie die Praça do Comércio meist genannt wird.

Funktionswandel ist auch am Ufer westlich des historischen Stadtzentrums festzustellen. Fast unterhalb der Ponte 25 de Abril befindet sich die Doca de Alcântara. Als Anlegestelle für Passagierschiffe, die Verbindungen zu den Kolonien und anderen Staaten herstellten, hatte sie vor dem intensiven Flugverkehr große Bedeutung. Wegen der Truppentransporte während der Kolonialkriege und schon im Ersten Weltkrieg entstanden hier auch schmerzliche Erinnerungen. Das Hafenbecken bietet nun Liegestellen für mehr als 400 Yachten; der gestreckte Bereich zwischen Becken und S-Bahn wird von einer reinen Restaurant-Straße eingenommen.

Weniger deutlich als der Stadtumbau ist der Funktionswandel, der sich als langsamer Prozess über Jahrzehnte hinzog. Vor fünfzig Jahren fielen im zentralen Einkaufsbereich die vielen schwarzen Taxen mit grünem Dach auf, nahezu alle der Marke Mer-

cedes. Vor allem wohlhabende Damen nutzten sie zum Besuch von Spezialgeschäften, Ärzten und des einzigen, 1894 eröffneten Kaufhauses Armazéns do Chiado. Nach einem Großbrand 1988, der auch Gebäude der Umgebung zerstörte, verdeckt seit 1995 die rekonstruierte Fassade das völlig neue Innere, eine Art mehrgeschossiges Einkaufszentrum mit Restaurants. Der alte zentrale Geschäftsbereich hatte schon damals Konkurrenz an der Stadtperipherie bekommen. War das 1985 eröffnete Amoreiras Shopping Center an der Strecke zwischen Rotunda do Pombal und den westlichen Autobahnverbindungen noch recht klein, so wurde 1997 an der Segunda Circular (Carnide) das viel größere Centro Colombo eröffnet. Zwei Jahre danach ging nach Ende der Expo 98 das Centro Comercial Vasco da Gama in Betrieb. Die Aufbruchsstimmung und der kurze Boom in der Regierungszeit von Cavaco Silva hatten das Konsumverhalten geändert. Danach wurde 2009 an einer autobahnähnlichen Verbindung zwischen dem inneren und äußeren Ring (CRIL/CREL) um Lissabon schon jenseits der Stadtgrenze in Amadora UBBO eröffnet, das flächengrößte Einkaufszentrum nicht nur Portugals, sondern der Iberischen Halbinsel.

Zumindest die großen Zentren sind an allen Tagen der Woche bis mindestens 23 Uhr geöffnet, haben *food courts* mit vielen Themen-Restaurants, Fitness-Center, mehrere Kinosäle und Unterhaltungsbetriebe, auch für Kinder und Jugendliche. Höchste Besucherfrequenz herrscht am Wochenende, das am Freitag-Nachmittag beginnt. Standortbildung, Dimensionen und Öffnungszeiten sind Zeichen eines extremen Liberalismus. Auf den 9000 Stellplätzen von UBBO, wenn nicht schon auf den gut 500 von Vasco da Gama, könnte man vermutlich sämtliche Autos mancher der achtzehn festländischen Distrikte abstellen.

Die Área Metropolitana de Lisboa (AML)

Die Einrichtungen des Handels, Gastgewerbes und der Unterhaltung können natürlich nicht allein auf der Grundlage der Stadtbewohner existieren, die abgenommen hat und Alterung aufweist. Von größter Bedeutung ist die Bevölkerung des Metropolraumes Lissabon, die schon in den 1960er Jahren um mehr als 300 000 zugenommen hatte und in den folgenden 51 Jahren von 1970 bis zur Volkszählung 2021 um fast exakt eine Million weiter auf 2 822 000 gewachsen ist.

Im überregionalen Vergleich haben die Bewohner der AML das höchste durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen. Nach Kaufkraftstandards sind es knapp 31 000 € pro Person, weshalb die Region nur gering vom EU-Durchschnitt abweicht und deshalb als ‚entwickelt‘ gilt. Durch Pendler dürfte Lissabon an Werktagen über eine Million Personen haben. In der Hauptstadt arbeiten viele Spitzenverdiener, denn große Unternehmen bevorzugen sie als Sitz ihrer Zentrale, selbst wenn die ausführenden Tätigkeiten überwiegend andernorts stattfinden. Die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal, angenehmen Wohnmöglichkeiten in der Region, die landesweiten und internationalen Verkehrsverbindungen, die Nutzung von persönlichen Kontakten – auch zu Politikern – und das Prestige des Standortes sind wichtige Faktoren. Kaufkraft kommt außerdem durch ausländische Touristen, deren durchschnittliches Einkommen über dem portugiesischen liegt. Unauffällig, aber nicht zu vergessen sind die Besucher der Stadt aus den übrigen Landesteilen, die vielerlei Motive haben, zum Beispiel zum Besuch von studierenden Kindern oder von Kranken in den vielen Spezialkliniken.

Die Suburbanisierung begann trotz des wirtschaftsgeschichtlichen Rückstands erstaunlich früh. Angeregt durch die Sommerresidenzen von König bzw. Staatspräsident ließen sich reiche In- und Ausländer in Cascais und Sintra nieder, entwickelten sich früh Villengebiete, vor allem an der südexponierten Küste. In Kontrast dazu entstanden an der Linie nach Nordosten parallel zum Tejo Industriebetriebe, so dass die dortigen Siedlungen früh zu großen Arbeiterwohnorten wurden. Die linearen Strukturen mit den Endpunkten Cascais, Sintra und Vila Franca de Xira hatten sich bis in die 1960er Jahre recht deutlich erhalten. Die Verdichtung des Busnetzes, die individuelle Motorisierung und der Bau vieler Autobahnstrecken im Umland der Hauptstadt haben die flächenhafte Diffusion von Wohn- und Gewerbegebieten begünstigt. Beim Anflug auf Lissabon ist ein ungeordneter Flickenteppich zu sehen, bestehend aus strukturlosen Einzelhausgebieten und Serien von Reihenhäusern, Komplexen von Baublöcken und Wohnhochhäusern, Gewerbebauten mit großen Dächern, Abbauflächen, Ödland und verbliebenen Agrarflächen. Nachts zeigt das Lichternetz die weit ausgreifende Urbanisierung.

1974 hat es auch jenseits der Lissaboner Stadtgrenzen Wohnungsprobleme gegeben. Besondere Schwierigkeiten traten im nördlich anschließenden Munizip (*Concelho*) Loures auf, wo zwischen den Volkszählungen 1960 und 1970 die Bevölkerung sich von 94 000 auf 180 000 verdoppelt hatte, woraufhin das neue Concelho Odivelas ausgliedert wurde. Ähnlich war es im westlich anschließenden Munizip Oeiras, wo in den zwanzig Jahren bis 1980 die Einwohnerzahl von 102 000 auf mehr als 275 000 stieg, woraufhin Amadora abgespalten wurde. In diesen Gebieten, aber auch nahe den Industriegemeinden entlang des Tejo und im nördlichen Teil der Halbinsel von Setúbal, entstanden viele *bairros clandestinos*, meist für den Eigenbedarf, aber auch zur Vermietung. Die Behebung infrastruktureller Mängel dauerte Jahrzehnte, erwies sich bezüglich Straßen kaum befriedigend machbar. Die planlose, heterogene Bebauung ist stellenweise sogar von Weitem noch gut erkennbar, beispielsweise von der Autobahn A8 beim Blick von Norden auf den Steilhang vor der Stadtgrenze von Lissabon.

Im Kontrast dazu stehen nicht nur die herrschaftlichen Großvillen inmitten parkartiger Grundstücke, die seit Ende des 19. Jahrhunderts in Sintra und nahe der Küste von Estoril und Cascais entstanden sind. In moderner Form manifestiert sich die soziale Segregation durch oft kaum wahrnehmbare *condomínios fechados*, hermetisch geschlossene Siedlungen, für die es in Deutschland fast kein Äquivalent gibt, wohl aber als *gated communities* in vielen anderen Ländern. Der *Belas Clube de Campo* in der Großgemeinde Queluz e Belas (Sintra) ist eine solche Siedlung, die sogar über einen eigenen großen Golfplatz verfügt. Geschlossene Siedlungen gibt es auch in Gegenden, die einst nicht durch bevorzugte Wohnlagen bekannt waren. So liegt die *Quinta do Perú* mit Golfplatz in einem Waldgebiet etwa in der Mitte der Halbinsel Setúbal.

Nach einer rapiden, ja exzessiven Bevölkerungszunahme in den 1960er und 70er Jahren (21,2 bzw. 36,1%) hat das Wachstum des Metropolraumes in der 80ern (+ 6,7%) schlagartig abgenommen und lag im letzten Jahrzehnt nur noch bei 1,7%. Seit langem gibt es im Metropolraum keine Geburtenüberschüsse mehr, und in den abgenommenen Wanderungsgewinnen spiegelt sich eine demographische Erschöpfung des ländlichen *interior*. Von 1960 bis 2021 hat der Anteil des Metropolraumes Lissabon an der Gesamtbevölkerung Portugals stark zugenommen, von 16,9% auf 27,7%. Innerhalb der AML divergieren die Entwicklungen. Im nördlichen Teil, auch als *Grande Lisboa* bezeichnet, ist langfristig vor allem die Zunahme abseits der Küste festzustellen, am

einfachsten an den Zahlen des Munizips Sintra, wo die Bevölkerung seit 1960 um mehr als 300 000 zugenommen hat. Im Bereich der alten Munizipien Oeiras und Loures ist die Zunahme wegen deren Aufspaltung nicht so leicht zu erkennen. Dort hat zur selben Zeit die Einwohnerzahl von rund 200 000 auf 700 000 zugenommen, wobei der Höhepunkt in Amadora (1991) und Loures (2011) schon überschritten wurde.

Sehr unterschiedlich ist die Entwicklung im Südteil des Metropolraumes, der *Península de Setúbal*. Durch den Bau der Brücke über den Tejo 1966 hat sich die Verkehrsverbindung von Seixal schlagartig verbessert; seit 1960 nahm die Bevölkerung des Munizips von 20 000 auf 167 000 zu. Dagegen ist in den industriell geprägten *Concelhos* Barreiro und Moita, die auch nach dem Bau der östlichen Brücke 1998 in ungünstiger Lage verblieben, seit 1981 bzw. 1991 sogar eine Abnahme zu verzeichnen. Etwa 60% der Erwerbstätigen des Metropolraumes pendeln mit dem Auto, 16% nutzen den öffentlichen Nahverkehr, der Rest gelangt überwiegend zu Fuß zum Arbeitsplatz. Das Pendlereinzugsgebiet der Hauptstadt reicht über den Metropolraum hinaus, im Norden beispielsweise bis Torres Vedras in gut 50 km Entfernung. In Anbetracht der demographischen Stagnation der letzten Jahre ist die Bautätigkeit reger, als zu vermuten wäre. Dafür gibt es mehrere Gründe: Nachholbedarf bezüglich Qualität der Wohnung, Sicherheitsstreben durch Bildung von Eigentum, Bau von Zweitwohnsitzen nahe den Küsten von Mafra bis Setúbal. So gibt es im Metropolraum sowohl einen Mangel an preisgünstigen Wohnungen als auch einen erstaunlichen Bestand an zeitlich gering genutzten Immobilien.

Porto, Stadt und Área Metropolitana

In Staaten mit langer zentralistischer Tradition genießt die Hauptstadt ein unanfechtbares Primat. Dort befinden sich die höchsten Organe staatlicher Verwaltung, die meisten Sitze großer Unternehmen, die wichtigsten Einrichtungen der Wissenschaft und Kultur, es ist der Ort bester Erreichbarkeit. Bei Interkontinentalflügen nach den Vereinigten Staaten, Brasilien und den ehemaligen Kolonien in Afrika hat Lissabon fast das Monopol.

Die Stadtgebiete von Lissabon und Porto entwickelten sich – gleichsam versetzt – an südexponierten Hängen über Flüssen, die nur schwer zu überbrücken waren. Die Reliefenergie erschwerte eine großzügige Stadtgestaltung, in Porto mehr noch als in Lissabon, wo eine breite und lange Senke besteht. In der königlichen Residenzstadt war das Interesse am repräsentativen Städtebau stärker als in einer bürgerlichen Stadt der Kaufleute. Nach dem Zustrom aus den früheren Kolonien hatte die Einwohnerzahl beider Städte bei der Zählung 1981 mit rund 808 000 bzw. 327 000 ihre Höhepunkte erreicht, ist bis 2021 um fast ein Drittel bzw. ein Viertel geschwunden (545 000/232 000). Sowohl bei Lissabon als auch bei Porto erleichterte die Fertigstellung von Brücken eine Suburbanisierung am Gegenufer. Porto hatte zwar schon seit 1886 die Stahlkonstruktion der *Ponte Dom Luís* mit zwei Ebenen, aber für intensiven Autoverkehr blieb sie zu schmal. Seit 2004 dient die obere Ebene der S-Bahn und Fußgängern, nur die untere Ebene kann noch vom Straßenverkehr genutzt werden. Für den starken, auch überörtlichen Verkehr kam nach der Autobahnbrücke im Westen (1963) noch eine zweite im Osten (1995) hinzu.

Die erleichterte Querung des Douro hat bewirkt, dass die Einwohnerzahl des *Concelho* von Vila Nova de Gaia stark anstieg und schon vor dem Jahr 2000 die von Porto übertraf. So ist fast eine Art Doppelstadt mit zusammen 540 000 Einwohnern ent-

standen. Kaufhaus, Großhotels und Einkaufszentrum verleihen dem südlichen Vorort eine gewisse kommerzielle Eigenständigkeit. Viele der Touristen, die im Sommer massenhaft über die von Eiffel konzipierte Brücke gehen und mit der Kabinenbahn hinab zum Südufer des Douro fahren, um vor den Portweinkellereien zu flanieren und zu konsumieren, dürften sich nicht darüber im Klaren sein, dass sie zwar den besten Blick auf Porto genießen, sich aber nicht mehr in dieser Stadt befinden.

In der Raumvorstellung der Portuenser ist die Abfolge von Plätzen, die von der Praça da Liberdade leicht ansteigend zur Câmara Municipal führt, der Mittelpunkt der Stadt, und das nicht wegen eines intensiven Geschäftslebens, sondern wegen vieler gesellschaftlicher Veranstaltungen im Jahresverlauf. Für viele Touristen, die einem Stadtführer folgen, gilt dasselbe aus anderem Grund, nämlich weil die drei Plätze die Ansammlung und den Start vieler Gruppen ermöglichen. Ganz in der Nähe ist der Bahnhof São Bento seit Jahrzehnten ein zweiter Merkpunkt von Touristen. Seine Empfangshalle ist vollkommen mit deckenhohen Azulejo-Bildern ausgekleidet, die von Landesgeschichte und von einstigem Landleben der Provinz Minho künden.

Der Zentrale Geschäftsbezirk ist nicht wie in Lissabon durch eine mehrfach gebrochene Achse – wie vom Terreiro do Paço bis Entrecampos – charakterisiert, sondern durch lange Geschäftsstraßen, die gleichsam auseinanderstreben. Von São Bento führt die Rua 31 de Janeiro ostwärts hinauf zur Igreja S. Ildefonso. Das geschäftliche Angebot hat sich in den letzten Jahren zunehmend an ausländische Touristen gewandt, erkennbar an Freizeitkleidung und der Verwendung von Kork an vielerlei Gegenständen. Oben nimmt der Passantenverkehr in die nordwärts gerichtete, für Fußgänger umgestaltete alte Hauptgeschäftsstraße Rua de Santa Catarina deutlich zu. Reiseführer empfehlen dort das historische Café Majestic von 1921, einst Treffpunkt von Intellektuellen. Etwas weiter befindet sich das integrierte Einkaufszentrum Via Catarina, 1996 mit erhaltener Fassade, eröffnet an der Stelle eines ehemaligen Zeitungsverlages (O Primeiro de Janeiro).

Parallel zur Rua Santa Catarina nimmt die größte Markthalle Portugals, der Mercado do Bolhão, ein ganzes langes Straßenrechteck ein. Das gigantische, spätklassizistisch verkleidete Bauwerk von 1914 ist nach langem Streit erneuert und Ende 2022 wieder eröffnet worden. Zu dieser Markthalle, die schon vor Jahrzehnten eine Attraktion der Stadt war, fuhren einst Straßenbahnen; jetzt ist sie aus der gleichnamigen Metro-Station und außerdem mit vielen Bus-Linien erreichbar. Im Innern erleichtern mehrere Rolltreppen die Bewegung. Im Innenhof werden in spezialisierten Bereichen an gut 80 überdachten Ständen wie einst wieder Obst und Gemüse, Fisch, Fleisch, Blumen und jetzt auch kunsthandwerkliche Erzeugnisse angeboten. An den Außenfronten ist Platz für 38 Geschäfte anderer Erzeugnisse, an der südlichen Schmalseite können im Obergeschoss zehn gastgewerbliche Betriebe einziehen. Wenn deren Flächen belegt sind, soll die Öffnungszeit an Werktagen bis Mitternacht gehen – so wie im Mercado Bom Sucesso im Westen der Stadt.

Von der Praça da Liberdade führt westwärts, vorbei an der Torre dos Clérigos, ein Straßenzug hinauf zu dem Merkpunkt, den die beiden nebeneinander gebauten Kirchen Carmelitas und Carmo bilden. An dieser Achse mit einstmals vielen kleinen Spezialgeschäften hat sich der Handel schlecht entwickelt. Viele Besucher der Stadt gehen aus anderen Gründen die Straße hinauf, sei es wegen der Azulejo-Fassade der Igreja das Carmelitas, wegen eines auf Touristen ausgerichteten Marktes an der Universität,

wegen einer Fahrt mit der historischen Straßenbahn oder wegen einer Buchhandlung, vor der sich lange Schlangen bilden können.

Die Livraria Lello am Ende der Rua do Carmo hat eine phantasievolle neogotische Front, ein zweigeschossiges, im Jugendstil gestaltetes Inneres, das ähnlich wie ein Pariser Kaufhaus des 19. Jahrhunderts mit einer Kuppel aus farbigem Glas überdeckt ist. Nachdem große Zeitungen des Auslands, auch Deutschlands, die Buchhandlung als eine der schönsten der Welt bezeichnet haben, ist die Adresse in Reiseführer und Stadtpläne eingegangen, so dass heute sogar Eintritt verlangt wird, der mit Käufen verrechnet werden kann.

Die dritte Geschäftsachse ist die Rua das Flores, die als Fußgänger-Straße vom Bahnhof S. Bento fast parallel zur verkehrsreichen Rua Mouzinho Silveira abwärts in Richtung Südwesten verläuft. Sie ist attraktiv für junge Erwachsene und für Touristen, die an mehreren Sehenswürdigkeiten vorbei zum Cais da Ribeira streben oder unterhalb der Igreja de São Francisco die historische Straßenbahn besteigen möchten, um am Ufer des Douro bis zu dessen Mündung in den Atlantik zu fahren. Cais da Ribeira, einst Anlegestelle für Handelsschiffe, war in den 1970er Jahren auch sonntags von einer langen Reihe an Marktständen gesäumt. Für die Bewohner der Rua dos Mercadores und der anderen düsteren, schmutzigen Seitengassen der Altstadt wurden Obst und Gemüse, Fisch und Blumen angeboten, keine Waren für Touristen. Die uferparallele Zeile vielgeschossiger alter Häuser, die damals mit armen (Unter-)Mieterinnen überbelegt waren, erscheint heute äußerlich fast unverändert, wie ein Fotovergleich von der anderen Seite des Flusses beweist. Sofort nach dem politischen Wandel 1974 hat man begonnen, gemäß einem zuvor abgelehnten Plan mit einer sowohl architektonisch als auch sozial behutsamen Stadtsanierung zu beginnen statt eine vorgesehene brutale Totalerneuerung durchzuführen. Cais und Praça da Ribeira sind seither zu einem fast reinen Restaurant-Gebiet geworden, exakt gegenüber dem entsprechenden Kai von Vila Nova de Gaia. Dort wurde im Bereich der Portwein-Kellereien der alte Mercado da Ribeira zu einer Art *food court* umfunktioniert.

Wie in Lissabon sind auch in Porto problematische Wohnverhältnisse weitgehend behoben worden. Typisch für diese Stadt waren jahrzehntelang die *ilhas*, Inseln von Reihen kleinster Häuser in einstigen Gärten hinter den Häusern der Straßenfront. Diese notdürftigen Unterkünfte waren – anders als in Lissabon – meist nicht zu sehen. Eines der letzten Beispiele ist noch ganz nahe an der Rotunda da Boavista zu finden. Es ist gut zu überblicken, wenn man von der S-Bahnstation Avenida da França westwärts über eine leichte Senke zur Rua 5 de Outubro blickt. Wie in Lissabon verstärkte sich in den letzten Jahren auch in Porto die Wohnungsknappheit für einkommensschwache Haushalte durch *alojamento local*, die kurzzeitige Vermietung an zahlungskräftige Touristen oder sonstige Interessenten. Der *overtourism* wirkt auf viele Portuenser zumindest während des Hochsommers belästigend, falls sie nicht die Stadt verlassen haben. Bei Unternehmenssitzen, Wirtschaftsdienstleistern und Geschäften höchster Preisklasse ist eine Verlagerung aus der für Autofahrer unangenehmen Innenstadt an die schnurgerade Avenida da Boa Vista festzustellen, die zur Küste führt. Die mehr als 5 km lange Achse ist von gehobenen Wohngebieten der letzten Jahrzehnte umgeben, so dass der sozioökonomische West-Ost-Gradient der Stadt sich in den letzten fünfzig Jahren vermutlich verstärkt hat. In Meeresnähe wurde vor der Stadtgrenze zu Matosinhos bis 2002 ein großer, attraktiver Park mit Wasserflächen modelliert.

Zwar zeichnet die Estrada da Circunvalação als einstige Verteidigungslinie die Stadtgrenze von Porto nach, aber die Bebauung geht kaum merklich in die drei nördlich anschließenden Munizipien über. Diese bilden zusammen mit Vila Nova de Gaia den innersten Teil der Área Metropolitana do Porto (AMP), die 1991 aus neun Concelhos gebildet und später erheblich erweitert wurde. Die AMP ist nach Fläche und vor allem an Einwohnern kleiner als die von Lissabon (1,74/2,87 Millionen). Die Dichte ist geringer, die Bebauung mit Wohnhochhäusern seltener. Schon seit 1970 besteht im Gebiet der AMP eine schwächere wirtschaftliche Dynamik und deshalb eine geringere Zunahme an Bevölkerung (36,5/57,4 %). Im Jahrzehnt vor 2021 wurde nur noch in vier der siebzehn Concelhos Wachstum verzeichnet.

In der AMP, die mit 23,5 % der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe noch immer eine relativ starke industrielle Prägung hat, dürfte der Niedergang traditioneller Branchen ein Grund für die eher verhaltene Entwicklung sein. Ganz deutlich wird das in Matosinhos, wo südlich des Hafens Leixões viele Fabriken für Fischkonserven bestanden. Dort stehen heute in geringem Abstand zur breiten Strandpromenade von 2002 vielgeschossige, eher gestreckte Gebäude, bewohnt von der oberen Mittelschicht. Am Rand des Fischereihafens verläuft eine lange Zeile aus Fischrestaurants. Zwischen diesen beiden Küstenabschnitten ragt der 2015 eröffnete Kreuzfahrt-Terminal als Landmarke ins Meer.

Gut 11 km nördlich der Stadtmitte befindet sich der Flughafen auf dem Territorium des Concelho Maia. Etwa seit 2005 wurde dort ein steiler Anstieg der Passagierzahlen verzeichnet, die 2019 die Marke von 13 Millionen überschritten. Er ist vor Faro der zweitwichtigste portugiesische Flughafen, sowohl für Passagiere als auch für Fracht. Bevor die Touristenzahlen mit Billigfliegern rapide zunahmen, war er vor allem für die vielen Auslandsportugiesen aus den nördlichen Landesteilen und für leitendes Personal in- und ausländischer Industriefirmen im Nordwesten wichtig. Die Wirkung des Flughafens ist daran zu erkennen, dass auch im letzten Jahrzehnt die Bevölkerung in den nördlich anschließenden Munizipien Vila do Conde und Póvoa de Varzim zunahm.

Die beiden Metropolräume nehmen 5,4 % der Staatsfläche ein. 1970 lebten dort 35,7 % der Bevölkerung, 2021 waren es 44,5 %. Es ist also eine deutliche Kontraktion auf die beiden hochgradig urbanisierten Gebiete des Landes festzustellen.

Die Litoralisierung

Entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Bevölkerung des festländischen Portugals langfristig in sieben von achtzehn Distrikten verlagert, die von Braga bis Setúbal ein breites Band entlang der westlichen Küste bilden. An den Metropolraum Porto schließt sich nach Nordosten der Distrikt Braga an. In diesem Gebiet tradierter Schwarmsiedlung währte man sich in den sechziger und siebziger Jahren leicht in einer bukolischen Landschaft, geprägt durch kleine Parzellen mit Mais, Roggen, Wiesen, umgeben von Lesesteinmauern und Bäumen, worin Reben für den frischen *vinho verde* rankten. Aber die meisten Bauern waren bitter arm. In vielen Häusern war der Aufenthaltsraum dunkel, hatte eine offene Feuerstelle, der Rauch zog durch eine Lücke im Dach.

Heute fällt dem Fremden in einem Gebiet diffuser Urbanisierung die weite Streuung von Industriebetrieben nicht auf; sie ist am besten aus dem Flugzeug gut erkenn-

bar. Ehemals wichtige Gewerbe sind zwar verschwunden oder haben an Bedeutung verloren (Gerberei bzw. Schneidwaren, Guimarães), andere konnten durch Spezialisierung stark bleiben (Textilien, Bekleidung). Vor allem sind durch ausländische Investoren neue Produktionen hinzugekommen (Elektronik, Reifen, Autoteile, optische Geräte). Der relativ gute industrielle Strukturwandel ermöglichte in den letzten fünfzig Jahren eine Zunahme der Bevölkerung um 38 %, im Munizip Braga kam es sogar zu einer Verdoppelung auf 193 000 Einwohner. Neben Braga haben auch die Concelhos Guimarães, Vila Nova de Famalicão und Barcelos die 100 000 überschritten

Zwischen Porto und Lissabon weisen die Distrikte Aveiro, Coimbra und Leiria mit knapp 20 % eine insgesamt geringere Dynamik auf, am schwächsten im Falle von Coimbra etwa in der Mitte zwischen den beiden Polen. Das ist bedingt durch die Ausdehnung des Distriktes von der Küste bis in ein gebirgiges, seit hundert Jahren durch Abwanderung geprägtes Landesinnere. Das Gebiet zwischen Lissabon und Porto ist früh durch zwei Bahnlinien erschlossen worden. Als Rückgrat des portugiesischen Netzes verbindet die Linha do Norte seit 1877 die beiden Großstädte. Heute kann die elektrifizierte Strecke von 336 km in weniger als drei Stunden zurückgelegt werden. Näher an der Küste kam 1888 die Linha do Oeste hinzu, an deren Verlauf die alten, vor allem von Inländern besuchten Seebäder S. Martinho do Porto, Nazaré, Figueira da Foz und Espinho liegen.

Für den Autoverkehr war bis über 1974 hinaus die Nationalstraße N1 noch lange die wichtigste Strecke. Wohlhabende Fahrer eines Personenwagens, die um 1970 noch einen ganz kleinen Teil der Gesellschaft bildeten, haben damals gerne in Mealhada eine Pause gemacht, um mit den regionalen Delikatessen Sekt und Spanferkel üppig zu dinieren. Für Fernfahrer blieben *tascos*, Kneipen. 1991 war die Autobahn A1, die Estrada do Norte, als neue Dorsale fertig. 2011 kam eine zweite Autobahn näher zur Küste hinzu, wobei Querverbindungen zwischen den beiden Strecken bestehen.

Klein- und Mittelbetriebe in einer Vielfalt der Branchen bestimmen die gewerbliche Struktur. Ein gewisses Kennzeichen dieses Gebietes mit vielerlei geologischer Ablagerung ist die schon traditionelle Fertigung auf der Grundlage mineralischer Rohstoffe, nämlich Bau- und Dekorationskeramik (z. B. Cumeira), Zement (Buarcos), Glaswaren (Marinha Grande) und Porzellan (Ílhavo). Hervorzuheben ist die Zellulose- und Papierindustrie, die zum größten Lieferant Europas wurde (Cacia/Aveiro; Leirosa/Figueira da Foz). Nach 1975 wurde von Renault ein großer Betrieb für Automobilkomponenten geschaffen (Cacia/Aveiro), im westlichen Umfeld von Leiria entstand ein kleines Cluster von exportorientierten Betrieben für Spritzgussformen zur industriellen Verwendung, in Aveiro werden seit 1988 Warmwasserbereiter gefertigt, bei Estarreja wurde ein Chemiewerk umstrukturiert. Die wirtschaftliche Aktivität steht in deutlichem Kontrast zum Landesinnern.

Die rund 200 km lange Küste, deren geradlinigen Sandstrände selten durch Kaps und kleine Buchten unterbrochen sind, wird im Sommer hauptsächlich von portugiesischen Urlaubern belebt. Zwischen den erwähnten, mit der Bahn erreichbaren alten Zielen gibt es viele kleinere Orte, von denen mehrere ursprünglich nur als Filialsiedlungen binnenländischer Dörfer zum saisonalen Fischfang dienten. Vor fünfzig Jahren bestanden sie noch überwiegend aus grau-braunen Holzhütten der Seestrandkiefer und waren mit dem Stroh des Strandhafers gedeckt. Deshalb bezeichnete man sie ganz offiziell als die „Strohthütten“ des Hauptortes, beispielsweise Palheiros de Mira, da Tocha, da Vieira. Mit der Zeit wandelten sie sich zu Dauersiedlungen, und über-

all wurde das negativ konnotierte Wort *palheiros* ersetzt, meist durch *praia* (Strand), selten durch *costa* (Küste). In Praia de Mira wurde zur Erinnerung an die einstige Bauform schon ein Holzhaus nachgebaut, allerdings überdimensioniert und geschönt mit weißen Tür- und Fensterrahmen. Es dient als Museum und Informationsstelle für Touristen. Etwas Fischerei wird dort noch betrieben, aber die Boote werden nicht mehr von Ochsen gespannt, sondern von Traktoren an Land gezogen.

Weniger auf den Sommer konzentriert ist der Kulturtourismus mit den Zielen Batalha, Alcobaça, Coimbra, Tomar und Óbidos. Schon vor 1975 kamen auffällig viele Pilger nach Fátima, zu Fuß auf der Landstraße, in überfüllten Autos und per Bus. Nach Ende der Kolonialkriege und Heimkehr von Söhnen waren es Massen aus dem ganzen Land. Südlich der Stadt Setúbal bricht die Litoralisation plötzlich ab. Bis Aljezur ist entlang der Küste schon seit 1950 Bevölkerungsschwund zu verzeichnen. Nur das kleine, auf einem Kap liegende Concelho Sines bildet eine Ausnahme. Die rund 220 km lange Meeresfront von Tróia/Setúbal bis Kap São Vicente/Algarve ist im kürzeren Nordteil durch Sandstrände einer Ausgleichsküste, ab Sines überwiegend als Steilküste geprägt. Wegen einer Meeresströmung ist die Wassertemperatur deutlich niedriger als an der Südküste der Algarve. Nicht nur wegen der natürlichen Verhältnisse ist meeresbezogener Tourismus ökonomisch und siedlungsgeographisch unbedeutend geblieben. Im Gegensatz zu den Küsten von der galizischen Grenze bis Setúbal gibt es auch kein dicht bevölkertes Hinterland als regionales Quellgebiet.

Algarve

Litoralisation ist erst wieder in der Algarve festzustellen, wenn auch eher kleinräumlich mit Verdichtung entlang der Küste und Entleerung des Gebirges. Von vielen Ausländern wird diese historische Provinz geschätzt, als Teil Portugals aber auch überschätzt. Wer in den sechziger Jahren als Geograph die Algarve bereiste, nahm sie hauptsächlich als Landschaft der gemischten Fruchthaine mit vielerlei Unterkulturen wahr, mit Bäumen für Johannisbrot, Mandeln, Feigen, Oliven, bei Bewässerung auch Orangen, Zitronen, Granatäpfeln und Mispeln. Die kaum spezialisierten Kleinbetriebe dienten stark der Selbstversorgung; die Einkommen aus verkauften Trockenfrüchten und aus Frühgemüse für Lissabon waren kümmerlich. Anbau unter Folien, wie man ihn beim Flug nahe Faro weitflächig überblicken kann, gab es noch nicht einmal im Ansatz.

Die Fischerei war noch wichtig, wenn auch schon seit den 1930er Jahren im Niedergang, so dass viele Konservenfabriken hatten schließen müssen. Niedrige Löhne, ungesicherte Arbeitsplätze und Entlassungen bewegten Männer und Frauen dazu, die Arbeit als Gastarbeiter in fischverarbeitenden Betrieben an der deutschen Nordseeküste zu akzeptieren. Wegen insgesamt unbefriedigender Lebensverhältnisse hat der Distrikt Faro in den 1960er Jahren 15 % seiner Bevölkerung verloren. Bis Mitte der 1960er Jahre war die Algarve ganz abgelegen. Wegen der damaligen Straßen- und Bahnverhältnisse war der Distrikt Faro nicht einmal für die meisten Portugiesen bequem zu erreichen. In Relation zu den wichtigsten Quellgebieten des europäischen Tourismus lag die kleine Region in größter Entfernung an der äußersten Peripherie des Kontinents. Es kamen schon einige Ausländer, mehr Briten als Deutsche. Die Anreise erfolgte meist über den Flughafen Lissabon mit anschließendem Bustransfer, selten nach tagelangen Autofahrten auf französischen und spanischen Landstraßen.

Noch war die Algarve kein wichtiges Ziel: Portugal-Reiseführer vom Ende der sechziger Jahre widmen dem Gebiet auffällig wenige Seiten.

Das Beherbergungsgewerbe war quantitativ gering und qualitativ extrem heterogen. In den meisten der sechzehn Munizipalorten gab es noch kein Hotel, sondern nur Pensionen, die eine oder andere *estalagem*, hier als Landgasthof guter Qualität zu verstehen, schließlich ganz einfache *casas de hóspedes*. Während der Sommerferien war Zimmervermietung an Familien der Mittelschicht üblich. Wohl im Hinblick auf erwartete Flugreisende war allerdings schon an einigen Stellen in neue Hotels bester Ausstattung investiert worden. In Albufeira beispielsweise, der heutigen Hauptstadt des regionalen Tourismus, bot das erste Luxushotel unter insgesamt sechs kleinen Unterkünften die Hälfte der etwa 150 Zimmer an. 2021 hat man im Concelho über 44 000 Gästebetten registriert.

Der 1965 eröffnete Flughafen Faro wurde zum entscheidenden Faktor der weiteren Entwicklung; sofort boten diese Stadt und Portimão das Bild von Großbaustellen. Die Tourismus-Politik zielte vor allem auf sehr wohlhabende Gäste. Diese Absicht spiegelte sich an der Dominanz luxuriöser Angebote, früh erkennbar an der Entwicklung der Bettenzahl nach Hotelkategorien sowie an angebotenen Sportarten wie Tennis, Reiten und Segeln. Noch heute ist die Algarve, vor dem Großraum Lissabon, die Region mit der höchsten Dichte an Golfplätzen. Bis zum ersten Krisenjahr 1975 hatte das Fluggastaufkommen keine 500 000 erreicht, dann ging es in den folgenden vierzig Jahren relativ kontinuierlich, zuletzt sogar steil aufwärts auf 9 Millionen Passagiere (2019). Der anschwellende Massentourismus und das Interesse an einer Ferienwohnung lösten einen Bauboom aus, so dass sich die Siedlungsstruktur in den 1980er und 90er Jahren zutiefst veränderte. Abseits der abgeschlossenen, sehr gepflegten Ferienanlagen, entstanden große Komplexe von Wohntürmen ohne architektonische Qualität. Die Zersiedlung durch Einfamilienhäuser und gewerbliche Bauten nahm rapide zu. Auf baugeschichtliches Erbe, soweit nicht unter Denkmalschutz, wurde wenig Rücksicht genommen. Blickte man beispielsweise in Tavira einst vom Wehrturm auf der Anhöhe hinab auf die Altstadt, so bot sich ein erstaunliches Bild: Über jedem Raum der alten Häuser erhob sich ein pyramidenähnliches Dach, ein aus portugiesisch Indien übernommenes Element der Architektur. Auf einen Einspruch gegen Abriss reagierte man in der Câmara Municipal mit Verständnislosigkeit, denn Neubauten seien doch viel besser.

Etwa seit der Jahrtausendwende begünstigen zwei neuere Faktoren die Erreichbarkeit der Algarve: Billigflieger, allen voran die Marktführer Ryanair und easyJet, haben vor allem den Briten und Iren die Anreise erleichtert. Nach Übernachtungen bilden sie weiterhin die stärkste Fraktion der Ausländer. Und seit 2002 ist das Gebiet auch für Portugiesen aus allen Landesteilen leichter erreichbar geworden. Wer 1974 von Lissabon mit dem Zug in die Algarve reiste, musste zuerst ans Südufer des Strohmeeres gelangen, um in Barreiro eine fünfstündige Fahrt zu beginnen. Heute benutzen die weitaus meisten Portugiesen die Autoestrada do Sul (A 2) und erreichen schon nach zweieinhalb Stunden bei Albufeira die Autobahn Via do Infante (A 22), welche die Tourismusregion auf der ganzen Länge durchzieht. Für Bewohner der Metropolregion Lissabon wurden dadurch der Erwerb einer Immobilie und sogar Fahrten zu verlängerten Wochenenden attraktiver.

Man könnte an eine Erfolgsgeschichte denken, denn abseits des breiten Bandes von Braga bis Setúbal ist der Distrikt Faro der einzige im Lande, dessen Bevölkerung nach

gut zwei Jahrzehnten der Abnahme nunmehr seit fünfzig Jahren zunimmt. Im Vergleich mit der Ausgangsbasis von 1970 (268 000) erscheint die Zunahme an Einwohnern um 200 000 oder rund 75 % sogar sehr hoch. Verglichen mit Daten der großstädtisch geprägten Gebiete ist das Wachstum allerdings weit weniger beeindruckend, und der Anteil an der Landesbevölkerung ist mit nur 4,5 % gering geblieben. Für die Wirtschaft der Algarve bilden – in abnehmender Folge – Gastgewerbe, Handel, Verwaltung und Bauwirtschaft die wichtigsten Segmente, die zugleich in engster Beziehung miteinander verflochten sind. Schon Anfang der 1980er Jahre wurde vor der Bildung einer einseitigen Abhängigkeit gewarnt. Aber wegen der Bedeutung für die Zahlungsbilanz des Staates und für die Finanzen der Munizipien ist die Tendenz zur Monokultur nie behindert worden. Nach früheren, nur leicht ausgeprägten Schwächephasen in der touristischen Entwicklung ist die latente Gefährdung im Jahr 2020 plötzlich manifest geworden: Infolge der Corona-Pandemie sank die Zahl der Fluggäste gegenüber dem Vorjahr um gut 75 % von 9,0 auf 2,2 Millionen. Plötzlich stieg die Arbeitslosigkeit an, und damit die Zahl armutsgefährdeter Haushalte. Anfang 2023 deuten die Zahlen darauf, dass der Tourismus seinen früheren Stand wieder erreicht.

Der ferne Nordosten, die tiefe Provinz

Von den dicht bevölkerten Gebieten entlang der nordwestlichen Küste ist der Übergang zur ‚tiefen Provinz‘ zumeist sehr schnell, sobald höheres Bergland beginnt. Eine von der galizischen Grenze südwärts verlaufende Abfolge von Gebirgen erschwerte seit der mittelalterlichen Staatswerdung bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus den Verkehr mit der historischen Provinz im äußersten Nordosten. Kennzeichnend ist deren Name Trás-os-Montes, „Hinter den Bergen“. Die wenigen querenden Nationalstraßen, von Braga nach Chaves und von Porto nach Vila Real, wurden spät fertiggestellt und sind im Winter an manchen Tagen schwer zu befahren.

Als 1887 die Bahn im Douro-Tal von Porto bis zur spanischen Grenze und damit über Salamanca „nach Europa“ fertig war, wurden von dieser Stammlinie ausgehend sukzessive drei Schmalspur-Stichbahnen gebaut, welche die hohen Lagen der Provinz erschließen sollten. In den Tälern von Corgo, Tua und Sabor ging es vorerst steil aufwärts. In engen Kurven konnten die Fahrgäste der sommerlich offenen Waggons vom vorderen und hinteren Ende einander zuwinken. Ob über Mirandela nach Bragança (1906), über Vila Real (1906) nach Chaves (1921) oder bis Duas Igrejas nahe Miranda do Douro (1911), sie alle wurden 2008, 2009 bzw. schon 1988 stillgelegt.

1985 hat man in Spanien sogar auf der Fernstrecke den Betrieb eingestellt, woraufhin auch auf portugiesischer Seite die letzten 28 km vor der Grenze nicht mehr befahren wurden. Heute pendeln in den Sommermonaten historische Touristenzüge am Douro zwischen Régua und Pocinho. Drei Autobahnen bilden nun die Hauptverbindungen nach Trás-os-Montes. Von Porto nach Vila Real, der Hauptstadt der einstigen Provinz, muss man nicht mehr das Marão-Gebirge bei einer Pousada in über 1000 m Höhe überwinden, sondern man kann es auf der A4 in einem fast 6 km langen Tunnel unterqueren. Diese Autobahn führt weiter nach Bragança, der zweiten Distriktstadt, kurz vor der spanischen Grenze. Autofahrer aus dem Raum Lissabon nehmen gewöhnlich die zuletzt wenig befahrene A24, die von der komplett umringten Mittelstadt Viseu (60 000 Einwohner) nordwärts nach Chaves (2007) verläuft und kurz danach Anschluss an das spanische Netz findet. Über den Rio Corgo bei Vila Real und

den Douro bei Régua spannen sich beeindruckend hohe und lange Viadukte. Die Provinz ist also im Fernverkehr heute gut erreichbar, aber die Stadt Mirandela, die als der Mittelpunkt gilt, ist mit 430 km doch weit von Lissabon entfernt, selbst wenn die Fahrt mit dem Auto jetzt nur noch halb so lange dauert wie einst die zehnstündige Reise mit dem Zug. Näher ist Porto (150 km), das bis hier als Oberzentrum wirkt.

Will man wissen, wie die Entwicklung seit 1974 verlief, kommt man nicht umhin, die vorausgegangene Zeit seit 1960 zu berücksichtigen. Denn das war die Epoche des großen Exodus, der *grande debandada*, als die Provinz fast ein Viertel der Bevölkerung verlor. Ein Teil der jungen Leute ging auf der Suche nach einem besseren Leben nicht mehr nach Brasilien oder Afrika, sondern in Richtung auf die beiden Großstädte des Landes. Junge Männer, die den Wehrdienst in den Kolonien fürchteten und deren Familien hinreichend Geld hatten, entwichen massenhaft über die lange, nicht markierte Grenze, um unter Leitung von Schleusern über die Pyrenäen nach Frankreich zu gelangen, wo sie vorerst unter prekären Verhältnissen lebten.

1980 war gegenüber der Volkszählung von 1970 ein minimales Plus von 0,7% zu registrieren, allerdings nicht infolge einer wirtschaftlichen Kehrtwende durch den Regimewechsel. Einerseits waren Personen zurückgekehrt, die während der Wirtschaftskrise in höher entwickelten Landesteilen und in Westeuropa ihre Arbeit verloren hatten. Noch wichtiger waren andererseits Familien aus Angola und Mosambik. Sie kamen in Gegenden, aus denen sie selbst oder ihre Vorfahren ausgewandert waren. Teilweise mussten sie in Siedlungen mit vorgefertigten Holzhäusern leben, die Norwegen gespendet hatte. Nach fast fünfzig Jahren sind daraus baulich sehr heterogene, kaum wieder zu erkennende Siedlungen mit systematischem Straßengrundriss geworden. Seit 1980 nimmt die Bevölkerung von Trás-os-Montes in jedem Jahrzehnt um rund 10% wieder ab, teils durch Abwanderung, teils durch Sterbeüberschuss. Gegenüber 1960 hat sich die Einwohnerzahl der Provinz schon um 45% vermindert.

Nun könnte man annehmen, die weit über tausend Dörfer böten ein Bild des Verfalls. Dem ist keineswegs so. 1960 herrschten in Trás-os-Montes die schlechtesten Wohnbedingungen des Landes. In mehr als 90% der Unterkünfte fehlte es an einer oder mehreren wichtigen Einrichtungen, nämlich fließendem Wasser, Elektrizität, Toilette, Bad. Das Streben nach Geldersparnis für ein besseres Haus war damals wichtigstes Motiv der legalen Gastarbeiter. Seit den siebziger Jahren ist ununterbrochen in neue Häuser investiert worden, wenn auch seit den Neunzigern in deutlich abnehmender Intensität, sei es wegen verminderter Rückwanderung, sei es wegen Wohnungswahl in städtischen Siedlungen. Früher machten die Dörfer oft einen düsteren Eindruck, weil die Häuser aus Granit oder Schiefergestein unverputzt waren. Jetzt bietet sich meist das Bild einer baulich heterogenen Siedlung mit hohem Anteil an neueren, helleren Häusern. Viele Neubauten sind in der Erwartung entstanden, einmal als Altersruhesitz zu dienen, anfangs auch mit der Absicht, den eigenen Kindern bessere Wohnverhältnisse zu hinterlassen, als man sie selbst hatte erfahren müssen. Letzteres hat sich in den meisten Fällen als Illusion herausgestellt, da die nachwachsende Generation nichtlandwirtschaftliche Berufe ausüben möchte. Das ist weder in den Dörfern noch in den *vilas* leicht möglich; beide Arten von Siedlungen sind unattraktiv für Menschen, die in höher entwickelten Ländern aufgewachsen sind.

Die Wohnungsstatistik vermittelt den erstaunlichen Befund, dass der Leerstand in den Häusern aller Altersklassen nicht sehr unterschiedlich ist. Tatsächlich werden alte, geradezu rudimentäre Häuser noch von armen Alten bewohnt; dagegen stehen

Neubauten fast dauernd leer, weil die Eigentümer sie nur ein oder zwei Mal für wenige Wochen im Jahr aufsuchen. Insgesamt muss man davon ausgehen, dass in den Dörfern trotz baulicher Erweiterung im Durchschnitt weniger als halb so viele Menschen leben wie 1960. Sowohl der Anteil der Erwerbstätigen als auch die Kaufkraft liegen deutlich unter dem portugiesischen Durchschnitt. Die verbliebenen Einwohner sind ganz stark mit der Landwirtschaft verbunden, sei es als Haupterwerb, als Tätigkeit im Rentenalter oder als Nebenerwerb zu einer Berufstätigkeit, die man als Pendler andernorts ausübt.

Die naturräumlichen Produktionsbedingungen sind recht unterschiedlich, ganz überwiegend ungünstig. Hinzu kommen strukturelle Probleme: Die Zersplitterung der Fluren in kleine Parzellen ist hoch, ein erheblicher Teil der Grundstücke gehört Eigentümern, die über andere Länder verstreut leben, Trockensteinmauern behindern den Einsatz von Landmaschinen und faktische Zusammenlegung, Landwirte ohne erkennbare Nachfolger sind nicht zu Investitionen und Innovationen geneigt. Ödland und Extensivweiden nehmen Teile ehemaliger Getreideflächen ein. Da Viehwirtschaft reduziert und rationalisiert wurde, auch fast keine Zug- und Tragtiere mehr eingesetzt werden, erscheinen die Landschaften gegenüber früher unbelebt.

Die politische Zäsur 1974/75 hat bezüglich der Agrarstruktur keinerlei erkennbar Folgen gehabt. Nur die Forstwirtschaft sollte in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Der Distrikt Vila Real bildete gemeinsam mit dem benachbarten Distrikt Viana do Castelo im Nordwesten das Gebiet, wo bis in die 1940er Jahre in den Gebirgen die größten Allmenden bestanden, die gemäß der Agrarpolitik des alten Regimes besser durch Waldwirtschaft genutzt werden sollten – und sei es durch staatliche Zwangsaufforstung. Das wurde gegen den Willen der lokalen Bevölkerung durchgeführt, die bis zuletzt sich der Heiden beraubt fühlte, welche der dorfgemeinschaftlich geregelten Beweidung durch Schafe, Ziegen und auch Rinder dienten, also zum bäuerlichen Einkommen beigetragen hatten. Im Distrikt Vila Real war die Forstfläche von nur 5300 ha im Jahre 1939 auf fast 90 000 ha zur Zeit des Umsturzes ausgeweitet worden. Damals standen noch mehr als 35 000 ha zur Aufforstung an. Nach 1974 wurde den Gemeinden das Verfügungsrecht zurückgegeben mit der Folge, dass sich seitdem in einem halben Jahrhundert forstwirtschaftlich fast nichts mehr geändert hat, sieht man von aufgewachsenen Beständen und vielen Waldbränden ab.

Wirft man einen Blick auf die nichtdörflichen Siedlungen, so wären die Distriktstädte und die Munizipalorte zu unterscheiden. Vila Real und Bragança sind Hauptstädte von Regierungsbezirken (*distritos*) und haben viele Ämter als Außenstellen der zentralstaatlichen Verwaltung, beispielsweise für Gesundheit, Bildung, öffentliche Sicherheit und Zivilschutz.

Auf nächster Ebene gibt es die Verwaltungsorte von 24 Munizipien (*sedes de concelhos*), oft als *autarquias* bezeichnet, obwohl der Grad ihrer Selbständigkeit auch nach neuen Kompetenzzuweisungen ganz gering ist, vor allem finanziell. Alle Munizipalorte bieten durch Dienststellen ein Mindestmaß an stabilen Arbeitsplätzen, nämlich durch Bau-, Finanz-, Sozial-, Grundbuch- und Standesamt, Schulkomplex mit (fast) allen Stufen, kleine Polyklinik (*centro de saúde*), staatliche Polizei (Guarda Nacional Republicana, GNR), Bibliothek, Altenheim (*lar de idosos*), Museum. Die Munizipalkammer organisiert auch den offenen Wochenmarkt, betreibt meistens eine Mehrzweckhalle (*pavilhão multiuso*) oder ein Kulturhaus (*casa de cultura*). Man kann von einer staatlich unterhaltenen Verwaltung und Infrastruktur in einem weiten Gebiet ökonomischer

Schwäche sprechen. Da die Gemeinden (*freguesias*) fast keine politische, finanzielle und personelle Selbständigkeit haben, hat selbst ein unscheinbarer Amtsort mit der *Câmara Municipal*, oft *Paços do Concelho* genannt, eine herausragende Funktion, wenn auch auf niedrigem Niveau.

Die öffentliche Verwaltung bewirkt, dass der Sitz der Kreisverwaltung (*sede de concelho*) zugleich Standort für viele privatwirtschaftliche Einrichtungen ist, folglich zum Interaktions- und Identifikationspunkt der gesamten Concelho-Bevölkerung. Das ist vermutlich der Grund, weshalb es bei der Gebietsreform von 2013 eine leichte Zusammenlegung von Gemeinden, aber keine von Concelhos gegeben hat. Stets gibt es Post, Apotheke, Tankstelle, Cafés mit oder ohne Konditorei, mehrere Restaurants, Pensionen und gar ein Hotel, fast immer mehrere Bankfilialen, Rechtsanwälte, Ärzte, Versicherungsagenturen. Ein oder zwei Supermärkte wurden bevorzugt am Rand lokalisiert, da dort die nötige Fläche für Parkplätze zu haben ist. Wo die traditionelle Hauptgeschäftsstraße, die *Rua Direita* eng ist, hat man sie oft zur Fußgängerstraße umgestaltet, was jedoch den Bestand der tradierten Geschäftsstruktur keineswegs sichert.

Die meisten Amtsorte haben inzwischen auch eine *Zona Industrial*, wo allerdings nur selten ein Industriebetrieb zu finden ist. Häufig sind Vertriebs- und Reparaturbetriebe für Kraftfahrzeuge und Landmaschinen, Baustoffhandel und Bauhandwerk. Selten trifft man auf Betriebe für überregional verkaufte Erzeugnisse, am ehestens aus agrarischen und forstlichen Rohstoffen, Steinen und Erden. Aus ehemaligem Hausgewerbe wurde nirgends Industrie entwickelt. Vor fünfzig Jahren wurden Wolle und Flachs stellenweise noch verarbeitet. Von der noch viel weiter zurückliegenden Verarbeitung von Hanf und Herstellung von Seide künden nur noch Exponate in den lokalen Museen. Wegen des Schwundes an Dorfbewohnern hat zumindest der relative Bevölkerungsanteil der Amtsorte noch weiter zugenommen, obwohl der absolute Zuwachs insgesamt minimal ist, ja in vielen Fällen inzwischen sogar leichter Schwund zu verzeichnen ist. Der öffentliche Dienst wirkt also stützend, kann aber in demographisch schrumpfenden *Concelhos* keine wirtschaftliche Dynamik induzieren.

Gegenüber früher hat sich überall das lokale Stadtbild verbessert. Schon vor den ersten Häusern grüßen oft dekorativ gestaltete Verkehrskreisel. Randlich gelegene Schulkomplexe mit Sportplätzen können erstaunliche Dimension haben. In seltenen Fällen (*Boticas*) hat die Verwaltung eine neue *Câmara Municipal* bekommen. Im Zentrum sind Freiflächen oft mit schwarz-weißer Kleinpflasterung, Denkmälern und Wasserspielen dekoriert. Auch um historische Bauten wurde das Umfeld aufgewertet, entlang Gewässern ziehen sich erkennbar neue Parks. Es ist, als solle mangels privatwirtschaftlicher Dynamik die Attraktivität durch ein angenehmes Lebensumfeld hergestellt werden. Bewirkten einst nur einige Markttage pro Monat und das Patronatsfest ein Zusammenströmen der Concelho-Bevölkerung, so sind inzwischen überall neue Anlässe hinzugefügt worden. Scheinbar historische Märkte künden von regionalen Spezialitäten (Kastanien, Wein, Honig, Räucherwaren etc.). Sportliche Veranstaltungen wie Auto- und Radrennen, Wandern und Gleitsegeln sollen Fremde anlocken, ob als Aktive oder Zuschauer. Nicht selten wurden Patronatsfeste vom eigentlichen Datum in den Juli gelegt, wenn *emigrantes* während der französischen Betriebsferien einen Teil ihres Urlaubs im Herkunftsgebiet verbringen. Dann wird nicht wie in den Dörfern nur an einem Tag gefeiert. Die Munizipalkammer engagiert vor allem Veranstalter mit großen Lastwagen, die mit Bühnen ausgerüstet sind. Dort tre-

ten Sängerinnen und Sänger auf, die unter lauter Populärmusik und bewegter farbiger Illumination bis tief in die Nacht für Unterhaltung sorgen und – mit begrenztem Erfolg – zum Tanz animieren. Im Verlauf von vier oder mehr Wochen des Hochsommers können zehn oder mehr unterschiedliche Veranstaltungen geboten werden. Es ist, als solle den Abgewanderten während des Heimaturlaubs gezeigt werden, dass das Herkunftsgebiet durch gesellschaftliches Leben attraktiv sein kann.

An normalen Wochenenden des Jahres kann es dagegen in diesen Miniaturstädten befremdlich ‚tot‘ sein, insbesondere wo die Entfernung zu den beiden Distriktstädten oder den Städtchen Chaves (18 200 Einwohner) und Mirandela (11 900) gering ist. Es zeigt sich, dass ein Teil der qualifizierten Beschäftigten gar nicht im Arbeitsort wohnt, sondern aus diesen (Klein-)Städten einpendelt, und dass umgekehrt Bewohner am Samstag oder Sonntag dorthin fahren. Vila Real (29 100 Einwohner) und Bragança (22 700) haben außer den üblichen Dienststellen von Munizipal- und Distriktstädten wichtige staatliche Einrichtungen. In der 1983 gegründeten Fachhochschule von Bragança mit Außenstelle in Mirandela (11 900) studieren gut 7000 junge Menschen; das Personal besteht aus 700 Bediensteten. In Vila Real wurde 1986 eine Universität gegründet, die ebenfalls rund 7000 Studierende und fast 1000 Beschäftigte hat. Die beiden Institutionen sind die größten Arbeitsstätten der Provinz, haben in den letzten vierzig Jahren stark zur Stadtentwicklung beigetragen. Sie bewirken zeitweise den Eindruck von Jugendlichkeit in einem durch Überalterung geprägten ländlichen Großraum.

In beiden Fällen führte die auffällige Stadterweiterung nicht zu besonderer gestalterischer Qualität, wobei in Vila Real das starke Relief auch Schwierigkeiten bietet. Am Nordrand von Bragança, wo die Autobahn vorbeizieht, wirken Wohntürme zumindest befremdlich. Andererseits profitierten beide Städte und die Grenzstadt Chaves von dem Programm POLIS, das im Jahre 2000 für insgesamt 28 Städte aufgelegt wurde. Zu den Zielen zählten die Aufwertung innerstädtischer Lebensqualität, Verbesserung der naturnahen Umwelt, Steigerung der Attraktivität und positive Entwicklung der lokalen Wirtschaft. Die Mittel mussten nur zu 10 % aus dem Haushalt der Munizipien aufgebraucht werden; 15 % steuerte die Zentralregierung bei, 75 % kamen von der EU. Hier wie bei vielen anderen Entwicklungen wird deutlich, dass die Munizipien und Gemeinden kaum über lokal generierte Finanzmittel verfügen, deshalb hochgradig von Entscheidungen in Lissabon abhängen, wo wiederum Geld der EU verteilt wird. Bezieht man Mirandela ein, so ist der Anteil der vier größten Städte an der Bevölkerung von Trás-os-Montes von nur 6,3 % (1960) auf 26,7 % (2021) gestiegen. Gemeinsam mit den Einwohnern der übrigen Munizipalorte können knapp 45 % der Bevölkerung als urban gelten. Das ist im europaweiten Vergleich noch immer wenig. In Kenntnis der Gesamtentwicklung der Provinz erscheint es angebracht, von einer indirekten, undynamischen Mikrourbanisierung auf schwindender Grundlage zu sprechen. Was hier am peripheren Landesteil dargestellt wurde, gilt mit lokalen Abwandlungen für fast alle Bereiche nördlich des Tejo, soweit sie nicht dem dicht bevölkerten Litoralstreifen angehören.

Alentejo – die Weiten des nahen Südens

Während des „heißen Sommers 1975“ wurde in den europäischen Medien, sowohl im Westen wie im Osten, viel – und oft auch mit persönlichem Engagement – über den Alentejo und die sogenannte Agrarreform berichtet. Der von Malte Rauch damals gemachte Film *Viva Portugal. Die Nelkenrevolution* ist Dokument der einstigen Faszination und dürfte 2024 oft wieder gezeigt werden. Beim Umsturz im April 1974 und in den Monaten danach hatten die dortigen agrarsozialen Verhältnisse noch kein politisches Interesse erregt. Gegen Ende des Jahres war das eine oder andere Landgut besetzt worden. Aber erst nach dem gescheiterten Versuch eines Rechts-Putsches im Februar 1975 wurden Forderungen nach einer Agrarreform laut, so dass dieses Ziel in die Verfassung vom 25. April 1975 einging. Das einschlägige Gesetz wurde allerdings erst drei Monate später erlassen. Darin war auch das durch Latifundien charakterisierte Gebiet der Maßnahmen festgelegt. Es reicht vor allem im Norden über den Alentejo hinaus. Während der verstrichenen Zeit kam es zu einer Welle von Betriebsbesetzungen. Es agierten Landarbeiter ohne feste Anstellung, auch solche, die schon als (Bau-)Hilfsarbeiter im Raum Lissabon gelebt hatten und in der Wirtschaftskrise zurückgekehrt waren. Angeregt wurden sie durch Mitglieder der Kommunistischen Partei und eines neu geschaffenen Agrardienstes.

In der Retrospektive ist es sinnvoll, die zeitgeschichtlichen Bedingungen dieses revolutionären Prozesses zu klären. Von 1929 bis 1938 hatte es im Sinne eines Autarkiestrebens und nach italienischem Vorbild eine Weizenkampagne (*campanha do trigo*) gegeben. Böden, die bis dahin zumeist als *montados* durch Beweidung unter Kork- und Steineichen genutzt worden waren, ja selbst Buschland wurde unter staatlicher Förderung mit vielen Arbeitskräften umgebrochen und als Ackerland genutzt. Fortan galt der Alentejo als Portugals Kornkammer, aber in keinem anderen Land Europas waren die Erträge pro Hektar noch geringer.

Von der Weltwirtschaftskrise bis in die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg herrschten Bedingungen, unter denen die miserablen agrarsozialen Verhältnisse nicht aufgelöst werden konnten. Seit den 1950er Jahren kam es dann in fast allen *Concelhos* des Alentejo zur Abwanderung und Schwund an Bevölkerung. In den Sechzigern beschleunigte sich der Vorgang, die Zahl der Landarbeiter nahm um 326 000 oder 42 % ab. Dabei wirkten sowohl abstoßende als auch anziehende Faktoren. Einerseits hatte die Mechanisierung der Landwirtschaft eingesetzt, so dass saisonal beschäftigte Kräfte immer weniger Arbeit fanden. Andererseits entstanden im Raum Lissabon viele Arbeitsplätze. Denn durch den ersten Plan zur Wirtschaftsentwicklung („Primeiro Plano de Fomento“, 1953–1958) expandierten Industrie und Baugewerbe. Die Hauptstadt und die Gemeinden am (Süd-)Ufer des Tejo wurden wichtigstes Wanderungsziel der Alentejaner, andere gingen als *emigrantes* nach Westeuropa.

Durch Binnenwanderung, legale Abwanderung ins Ausland und nicht zuletzt durch Umstellung der Agrarproduktion auf arbeitsintensive Kulturen sollte das Problem der Arbeitslosigkeit im Alentejo gelöst werden. 1957 beschloss die Regierung ein Projekt, um in einer großen, integrierten Maßnahme die Bewässerungsareale des Alentejo ganz erheblich auszuweiten. Andererseits wurden 1960 und 1965 die staatlichen Subventionen für Weizen eingestellt. Industrialisierung des Landes und Intensivierung der alentejaner Landwirtschaft blieben noch Ziele des dritten Entwicklungsplanes (1967–1973). Vom Anfang der 1960er Jahre bis 1974 hatten sich die landwirtschaftlichen

Erzeugerpreise und Betriebskosten erheblich verändert. Die durchschnittlichen Preise für Schweine- und Rindfleisch sowie Kork waren zwischen 50 und 100 % gestiegen, für Weizen dagegen nur um knapp 20 %. Maschinen waren etwa um ein Drittel und Diesel ganz geringfügig teurer geworden; dagegen hatten sich die Landarbeiterlöhne wegen der starken Abwanderung mehr als verdoppelt. Wo im Feldbau hohe Erträge erzielt werden konnten, da hat man stark mechanisiert. Ertragsschwaches, bisheriges Getreideland hingegen wurde wieder als Rauweide belassen, mit Korkeichen bepflanzt, als Jagdareal (*coutada*) eingezäunt, in Küstennähe großflächig aufgeforstet.

In diesem schnellen Wandlungsprozess verblieb trotz Abwanderung noch landlose Agrarbevölkerung in Armut und Angst vor saisonaler Arbeitslosigkeit. Zusätzlich kamen infolge der Rezession 1973 arbeitslos Gewordene in die Provinz zurück. Die Aufgabe des Getreidebaues konnte unter diesen Umständen skandalös wirken. Bis zum 25. April 1974 hatte es staatliche Repression gegen Streiks und freie Interessenvertretung gegeben. Nun verloren die Großgrundbesitzer, die in den alentejaner Munizipalorten als Kammerpräsidenten oder in sonstigen einflussreichen Positionen eine dominierende Position einnahmen, als bekannte Stützen des alten Regimes an Autorität, und gleiches galt für die Polizei. So ist zu erklären, dass es fast ohne Widerstand zu einer Welle von Betriebsbesetzungen kam, angeregt und gefördert durch PCP und politisch tendenziöse Vertreter des Gabinete de Acções de Reforma Agrária, einer staatlichen Organisation, die im Februar 1975, also vor Inkrafttreten der Verfassung, gebildet worden war,

Als am 29. Juli die vierte provisorische Regierung Gonçalves das Gesetz zur Agrarreform erließ, waren vielerorts schon Fakten geschaffen. Der zuständige junge Staatssekretär, der noch nicht lange aus Paris zurückgekommen war, erkannte diese wohlwollend an. Deshalb ging die Besetzungskampagne ungehindert weiter, sogar bis in die ersten Wochen nach dem 19. September 1975, dem Regierungsantritt von Ministerpräsident Pinheiro de Azevedo. Gegen Jahresende gab es im gesamten Reformgebiet gut 500 Produktionsgenossenschaften mit fast 72 000 Mitgliedern und rund 1130 000 Hektar Land. Kennzeichnend ist, dass keine Bestrebungen zur individuellen Landaneignung bestanden; es ging den Mitgliedern vor allem um ein ganzjährig gesichertes Einkommen. Das war aber nur scheinbar gesichert. Vorerst nutzte man die Erträge und staatlichen Kredite, auch neue soziale Einrichtungen. Sehr bald aber entstanden Probleme: In Vollversammlungen zeigten sich Interessensgegensätze, Mehrheitsentscheidungen garantierten keine ökonomisch sinnvolle Betriebsführung. Aus den besetzten Großbetrieben waren die meisten Verwalter und Fachkräfte nicht den Kooperativen beigetreten, so dass in der Regel erfahrenes Fachpersonal fehlte. Die Mitglieder waren weit überwiegend Analphabeten und fachlich unqualifiziert, ihre selbst beschlossenen Lohnansprüche erlaubten selten die Bildung von Betriebskapital.

Anfang 1976 begann man von staatlicher Seite mit der Feststellung, welche Betriebe nach geltendem Recht gar nicht hätten besetzt werden dürfen, und außerdem wurde das Gesetz zur Agrarreform novelliert. Die Alteigentümer behielten Anrecht auf eine bestimmte Menge Reserveland an gewünschter Stelle und auf einen Anteil an Betriebsmitteln (Gebäude, Maschinen). Solange diese nicht zurückgegeben waren oder keine ordentliche Abrechnung über staatlich gewährte Kredite vorlag, wurden ab 1977 keine neuen vergeben. Die meisten Kooperativen waren von vornherein personell überbesetzt. Durch die Rückgabe des Reservelandes verschärfte sich selbst bei Intensivierung das Missverhältnis von Betriebsergebnis zu finanziellen Ansprüchen

der Mitglieder. Restituierte Betriebe wurden oft nicht mehr von den Alteigentümern, sondern von jüngeren, auf Rationalisierung bedachten Betriebsleitern geführt. Bald lagen die Löhne in professionell geführten Privatbetrieben höher als die Zahlungen in Kooperativen. Ein Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der Kooperativen war nie aufgekomen. Vielerorts kam es zu Misshelligkeiten zwischen deren Mitgliedern und den Landwirten mit kleinen und mittleren Familienbetrieben sowie den größeren Jahrespächtern (*seareiros*), die Tomaten, Reis oder Melonen anbauten. Schon 1977 zeigten sich Auflösungstendenzen; 1984 war der Bereich kollektiv betriebener Landwirtschaft auf etwa ein Drittel des Höchststandes geschrumpft. Junge Leute zeigten kaum Interesse an einer Mitgliedschaft. Ohne politische Förderung löste sich der Sektor der Produktionsgenossenschaften im Laufe von etwa 15 Jahren langsam auf, insbesondere nach Verabschiedung eines neuen Agrargesetzes 1988.

Auch wenn der Terminus bis heute üblich ist, hat es eine geordnete Agrarreform also nie gegeben, wohl aber gesellschaftliche und wirtschaftliche Konvulsion. Kollektivierung und Reprivatisierung führten zu vielen persönlichen Verletzungen, wirkten negativ auf das gesellschaftliche Klima, die Fähigkeit und Neigung zu Investitionen. Das erschwerte vorerst einen Anpassungsprozess an die Agrarpolitik der EG, deren Beitrittskandidat Portugal seit 1977 war, und begünstigte eventuell das Vordringen ausländischer Investoren in den regionalen Agrarsektor. Die Betriebsbesetzungen von 1975 haben keine grundlegende Veränderung der Agrarstruktur bewirkt. Eher kann man dies von einem jahrzehntelangen Vorgang behaupten, der unter dem alten Regime schon 1952 in die Wege geleitet worden war und 2012 beendet wurde, der Anlage von Stauseen zur Bewässerung. Zwar hatte man bis zum Revolutionsjahr 1974 mehrere große Staudämme erstellt, wobei eine Kronenhöhe ab 15 m oder ein bestimmtes Rückhaltepotenzial als Kriterien für diese Kategorie gelten. Aber die Ausführung des weitaus größten Teils des 1957 beschlossenen „Plano de Rega do Alentejo“ stand nach 17 Jahren noch an. Bei Alqueva sollte der Guadiana mit einem hohen Betondamm aufgestaut werden, um in einem ausgedehnten Gebiet zusätzlich 115 000 ha Land bewässern zu können und um mit einem Pumpspeicherkraftwerk Elektrizität zu erzeugen.

Wer jedoch in den nächsten 27 Jahren von Spanien über die verschlafene Grenzstation São Leonardo in Richtung Évora fuhr, querte nach Mourão immer noch die weite, trockene Senke um den Guadiana. Denn seit 1978 war das Werk nicht vorangekommen, hatten die Arbeiten zwei Mal jahrelang geruht. Erst als die EU zugesagt hatte, 75 % der Kosten zu übernehmen, war 1993 die Wiederaufnahme der Arbeiten beschlossen worden. 2002 begann mit der Fertigstellung des Dammes der Rückstau des Guadiana, weshalb westlich von Mourão eine lange Brücke das weite, flache Tal quert, das 2010 erstmals bis zum Höchststand geflutet war. Fährt man hingegen südwärts nach Moura, so überquert man auf einer anderen Brücke einen Nebenarm des 83 km langen, weit verzweigten Stausees mit einer Uferlänge, die bei höchstem Wasserstand fast 1200 km erreicht. Von dort führt die Straße nach Évora über den hohen Staudamm, wo in zwei Phasen (2004, 2012) das Kraftwerk installiert wurde. 2021 begann man mit dem Auslegen von Solarpaneelen auf einem ganz kleinen Teil der Wasserfläche; mit der Ausdehnung von vier Fußballfeldern wurde es dennoch zum vorerst größten schwimmende Solarkraftwerk Europas.

Seit 1974 sind im Alentejo vom Staat noch rund zwanzig weitere Staudämme gebaut worden, die nach den Kriterien zwar als groß gelten, in Wirklichkeit aber Erdämme für kleinere Rückhaltebecken sind. Außerdem sind in Privatinitiative noch

viele kleine Reservoirs gebildet worden, wie schon vor 1974. Langfristig hat sich die Position des Alentejo in der portugiesischen Agrarproduktion eindeutig verstärkt, allerdings nicht nur durch regionale Zunahme, sondern auch durch Abnahme in anderen Landesteilen. Im Vergleich zu den 1970er Jahren erhöhte sich im letzten Jahrzehnt der Anteil an der Weizenproduktion von rund 70 auf 80 %, bei Reis stieg die Quote von etwa 45 auf über 60 %. Am größten ist der Sprung von etwa 4 auf rund 28 % bei Mais, der hier zumeist eine Sprinkler-Bewässerung erhält. Bei Olivenöl stieg der Anteil von 42 auf gut 62 %. Ein wichtiger Faktor hierfür ist die Anlage von Intensivkulturen in ganz systematischer, engständiger Form mit Tröpfchenbewässerung, teilweise durchgeführt von spanischen Unternehmen. Früher musste Portugal einen Teil des Olivenöls importieren, jetzt werden geringe Mengen ausgeführt.

Entgegen der Prognose vor dem EU-Beitritt 1986 haben die Rebflächen zugenommen, wurden sogar auf das Vierfache ausgeweitet, auch durch Neuanlagen in Gebieten ohne entsprechende Tradition. Einst war die Ausweitung gesetzlich begrenzt, um nördliche Weinbaugebiete zu schützen. Nun stammen nicht mehr nur etwa 6 %, sondern fast 20 % der portugiesischen Weinproduktion aus der Region. Es gibt Betriebe mit einigen Hundert Hektar Rebfläche; ein geringer Teil erhält nicht sichtbare Bewässerung. Wein aus dem Alentejo ist zu einem jungen Exportprodukt geworden. Die wichtigsten Veränderungen sind nach dem Jahr 2000, ja sogar seit etwa 2010 eingetreten, so dass ein Zusammenhang mit dem Alqueva-Projekt wahrscheinlich ist. Insgesamt könnten 280 000 ha oder 12 % der Provinzfläche Bewässerung erhalten, was aber für den Laien nicht überall erkennbar ist.

Bei Fahrten durch die Region fällt auf, dass hinter dem Namen von Landgütern nicht selten S. A. (Aktiengesellschaft) oder Lda. (GmbH) steht, eindeutige Zeichen einer kapitalistischen Landwirtschaft. Statt armer Portugiesen verrichten nicht selten Immigranten aus asiatischen Ländern die landwirtschaftlichen Arbeiten. Schon lange vor 1974 hat man die Polarisierung in Großgrundbesitzer und Landarbeiter als Grund für die agrarsozialen Missstände im Alentejo angegeben. Das ist richtig, aber nicht vollständig. Das Problem war einst, dass es in der ausgedehnten Provinz mangels Industrie keine leicht erreichbaren ganzjährigen Erwerbsalternativen gab. Man kann darüber spekulieren, ob im Alentejo eine Industrialisierung allein wegen ungünstiger Standortfaktoren ausblieb, also aus Mangel an lokalen Energieträgern und Rohstoffen, an Menschen mit Qualifikation und Kaufkraft. Sicher ist, dass Großgrundbesitzer nicht an Industrialisierung interessiert waren, es sei denn an Betrieben, in die sie selbst zur Verarbeitung agrarischer Erzeugnisse investierten. Fabriken zur Herstellung von Olivenöl, Tomatenmark, geschältem Reis oder konservierten Oliven boten meist auch nur Saisonarbeit zu Erntezeiten. Zusätzliche Industrien hätten Arbeitskräfte absorbiert und Landarbeiter in die Lage versetzt, höhere Löhne zu fordern.

1971, also nur wenige Jahre vor dem Umsturz, war von der Regierung Marcelo Caetano immerhin ein Industrieprojekt von außergewöhnlicher Dimension beschlossen worden, das im Alentejo regionalökonomische Wirkung entfalten sollte: Sines. Bei dieser an einem Kap gelegenen *vila* von damals etwa 7000 Einwohnern, wo Fischkonserven hergestellt wurden, war ein Tiefwasserhafen für mehrere Zwecke geplant. Erstens sollte Erdöl aus dem Nahen Osten, das seit der Schließung des Suez-Kanals im Juni 1967 nicht mehr durch das Mittelmeer, sondern in immer größeren Tankern um Südafrika herum nach Europa transportiert wurde, hier auf kleinere Tanker umgefüllt und an europäische Häfen geringerer Wassertiefe weitergeleitet werden. Zweitens

war ein petrochemischer Industriekomplex geplant. Eine Raffinerie sollte Erdöl, auch aus dem angolanischen Cabinda, zu Treibstoffen sowohl für den Inlandsbedarf als auch zum Export produzieren, darüber hinaus vor Ort auch nachgelagerte Industrien versorgen. Vorgesehen war drittens, mit importierter Kohle ein Wärmekraftwerk zu beliefern, das ein Drittel des portugiesischen Elektrizitätsbedarfs decken könnte. Mit Kohle und Eisenerz sollte darüber hinaus ein neues Eisenhüttenwerk betrieben werden. Nicht zuletzt kämen Pyrite aus dem 70 km entfernten Aljustrel zur Verhüttung. Das nötige Brauchwasser würde aus dem geplanten Stausee von Alqueva zugeleitet. Nach dem französischen Konzept der Wachstums-*poles* mit *industries industrialisantes* und dem Beispiel Fos-sur-Mer sollte offensichtlich durch Betriebe der Grundstoffindustrie eine differenzierte Industrialisierung ermöglicht werden.

1973 begann der Bau der Mole. Mit dem geplanten Abschluss aller Arbeiten 1980 erhoffte man sich 20 000 Arbeitsplätze, so dass die Stadt danach bis auf 100 000 Einwohner anwachsen könnte. Es kam jedoch anders: Ölpreisschock 1973, Entkolonialisierung ab 1974, Wiedereröffnung des Suez-Kanals 1975, Sturmschäden an der gerade gebauten Mole 1978 und 1979, schließlich die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen bewirkten Verzögerungen und zwangen die Regierung 1981 zum Beschluss eines neuen Planes. Von 1979 bis 1985 gingen sukzessive die Raffinerie, das Wärmekraftwerk, zwei Anlagen der Petrochemie, ein Unternehmen für Waggon- und Containerbau sowie eine Rußfabrik (für die Reifenindustrie) in Betrieb. Dagegen kam es nicht zur Verhüttung von Eisenerz und Pyrit, auch nicht zur erhofften Ansiedlung eines Montagewerkes für Ford-Automobile. Bis heute hat sich am Standort Sines keine vielfältige Industrie entwickelt.

Nach der Jahrtausendwende bekam ein Unternehmen aus Singapur die dreißigjährige Konzession für den Hafenbetrieb. Seitdem ist Sines zum größten portugiesischen Container-Umschlagplatz geworden, auch weil Leixões/Porto und Lissabon keine sehr großen Schiffe empfangen können. Man hofft, dass sich ab 2024 Spanien als Hinterland erschließen lässt, wenn eine neue Bahnverbindung für Güterverkehr zur Grenze bei Elvas und Badajoz fertig ist. Ende 2021 ist die Elektrizitätserzeugung mit Kohle beendet worden. Stattdessen wird verflüssigtes Erdgas, das in LNG-Tankern aus Nigeria, USA und Qatar kommt, vorerst ersatzweise eingesetzt. In wenigen Jahren soll mit Strom aus Sonnen- und Windkraft an diesem Standort grüner Wasserstoff erzeugt werden.

In der Anfangsphase nahm die Bevölkerung im Städtchen Sines und in der funktional zugehörigen neuen Schlafstadt Vila Nova de Santo André deutlich zu. Nach den 1980ern war der Zuwachs an beiden Standorten, die über eine 20 Kilometer lange Schnellstraße verbunden sind, nur noch gering. 2021, fünfzig Jahre nach Projektbeginn, lebten in den beiden Gemeinden nicht die einst imaginierten 100 000 Einwohner, sondern nur 23 400, und das bei zuletzt leicht abnehmender Tendenz. Jenseits der Gemeindegrenzen ist schon deutlicher Bevölkerungsschwund festzustellen, ein wirtschaftlich dynamisierender Einfluss in den Alentejo ist also ausgeblieben.

Wie überall in Portugal, wird auch in dieser Provinz um Touristen geworben. Allerdings sind Faktoren der Anziehungskraft eher schwach. Gebiete mit eindrucksvollem Relief sind selten, das Wasser an der Küste ist auch während des heißen Sommers recht kalt (20 °C), die Ufer von Stauseen sind bei geringem Wasserstand unattraktiv. Die Weite der Landschaften kann stellenweise zum Betrachten, nicht aber zum Wandern anregen; oft ist dies wegen großer eingezäunter Jagdparzellen gar nicht möglich.

Auch die kulturhistorischen Attraktionen sind im Vergleich zu anderen Landesteilen nicht besonders stark. Deshalb sind keine Konzentrationen stationärer Gäste zu erwarten, eher ein disperser Individualtourismus und Gruppenreisen zu Besichtigungen. Die Werbung zielt auf wohlhabende Gäste mit Hinweisen auf Architektur, Kulinarisches, in jüngerer Zeit auch Ferien auf dem Landgut (*turismo rural*) mit Angeboten wie Reiten, Jagd und Fahrten mit Geländewagen. In der Grenzstadt Elvas hatte der Staat 1942 mit dem Angebot nobel ausgestatteter *Pousadas* begonnen, vermutlich um gelegentlich hochrangige Gäste des In- und Auslandes empfangen zu können. Es folgten die drei Distriktstädte und fünf weitere Orte des Alentejo, wobei vor allem säkularisierte Klöster (z. B. bei Arraiolos) und alte Burgpaläste (Alvito) umgebaut wurden. Für Touristen können die fast fünfzig Agrostädtchen, welche die regionale Siedlungsstruktur kennzeichnen, wenig Spektakuläres an Baukultur aufweisen, aber immerhin so Spezielles wie die Mudéjar-Gotik. Eine touristische Überprägung der *vilas* fällt nur an wenigen kleinen Orten wie Marvão und Mértola auf. Das deutlichste Beispiel für eine ‚Entdeckung‘ nach 1974 bietet die einstige *vila morta* Monsaraz, eine erstarrte Bergsiedlung, unter der in den frühen 1990ern ein riesiger Parkplatz für massenhaften Besuch angelegt wurde. Größte Attraktion des Alentejo ist die Innenstadt von Évora, die noch von einem kompletten Mauerring eingefasst ist und 1986 zum Weltkulturerbe erklärt wurde. Schon vor fünfzig Jahren wies diese Stadt mit Abstand die höchste Beherbergungskapazität auf, aber diese war noch auffällig gering mit etwas über 240 Zimmern, davon zwei Drittel in Pensionen. Heute gibt es in der Stadt viele Hotels, die Mehrzahl gehört Ketten oder Verbänden an. Unter Einschluss von Kleinbetrieben und Privatquartieren wurden für das Jahr 2021 im *Concelho* 3300 Gästebetten nachgewiesen.

Neben dem Tourismus hat die Funktion als Universitätsstadt die Lokalökonomie verändert. 1964 war in katholischer Trägerschaft ein Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gegründet worden, das nach dem 25. April 1974 den Betrieb einstellte, wobei die Studierenden in eine neu gegründete staatliche Hochschule übernommen wurden. Das historische Gebäude der 1759 unter dem Marquês de Pombal geschlossenen Jesuiten-Universität wurde nach einem 1973 initiierten Vorstadium 1979 zum Zentrum einer neuen Universität; Touristen können den Innenhof nur noch gegen Entgelt betreten. Derzeit gibt es rund 8000 Studierende und fast 1000 Bedienstete, überwiegend nichtwissenschaftliches Personal. Die verhältnismäßig geringe Entfernung von der in jeder Hinsicht überragenden Hauptstadt Lissabon (135 km, 1:40 h) hat zur Folge, dass ein erheblicher Teil der Professoren pendelt.

Tourismus und Universität wurden zu spezifischen Faktoren des Wandels im Dienstleistungssektor, der mit Hunderten meist kleinen Betrieben noch immer die Innenstadt prägt. Wie in allen mittleren Städten Portugals sind die traditionellen Lebensmittelgeschäfte (*mercearias*), Werkstätten von Handwerkern, Kleinbetriebe für landwirtschaftlichen Bedarf und Autoreparatur sowie Kneipen (*tascos*), fast ganz verschwunden. Dagegen gibt es viel mehr Restaurants, Cafés und (Bier-)Bars, keineswegs nur um den zentralen Platz. Für eine Stadt von nur 47000 Einwohnern ist auch die Zahl an Spezialgeschäften erstaunlich groß, wobei Copyshops und Läden für Bücher, Schreibwaren und Bürobedarf, außerdem solche für lokales Kunsthandwerk und Antiquitäten eine bezeichnende Komponente bilden. Die einstige Befürchtung scheint sich nicht bewahrheitet zu haben, dass der Dienstleistungssektor schrumpft und die Innenstadt an Leben verliert, weil die Bevölkerung im traditionellen Versorgungsge-

biet abnimmt, die Stadt an der Autobahn im Spannungsfeld zwischen Lissabon und Badajoz liegt, Großbetriebe außerhalb des Zentrums aufgekommen sind. Insgesamt hat sich Évora in den letzten fünfzig Jahren wesentlich besser entwickelt als die beiden anderen Distriktstädte Beja und Portalegre. Erst die demographischen Daten der letzten zehn Jahre geben Anlass zu etwas Skepsis. Évora ist somit so etwas wie ein Leuchtturm in der Weite des Alentejo, wo die geringe Bevölkerungsdichte von durchschnittlich 22 Ew./km² in den meisten *Concelhos* nicht erreicht wird. Während die Einwohnerzahl Portugals in den letzten 50 Jahren um gut 20 % zunahm, hat sie in dieser Provinz, nach dem starken Schwund der 60er Jahre, nochmals um fast 25 % abgenommen. Auf etwas mehr als einem Viertel der Staatsfläche sank der schon früher geringe Anteil an der Bevölkerung von 6,2 auf 4,2 %, ist inzwischen also geringer als in der kleinen Provinz Algarve.

Landesweite Veränderungen

Schon bei dem Blick auf sehr unterschiedliche Teile des Landes wurden Veränderungen erkennbar, die nicht nur regionspezifisch sind. Welche weiteren Unterschiede gegenüber dem Zustand um 1974 sind fast landesweit festzustellen? Es mag erstaunen, dass als erstes die Veränderungen im Gewässersystem genannt werden. Dieses ist durch den Bau von Staudämmen völlig untypisch geworden für ein Land mit Varianten des mediterranen Klimas. Während die Stauseen des Südens hauptsächlich der Bewässerung dienen, sind die des gebirgigen Nordens schon seit den 1950er Jahren zur Gewinnung von Elektrizität gebaut worden. Damit sollten vor allem die großen Städte beliefert werden. Das hatte zur Folge, dass die Dörfer um die Stauseen keineswegs sofort versorgt wurden, selbst wenn die Einwohner durch teilweise Überflutung ihrer Agrarflächen geschädigt worden waren. Nachdem beispielsweise im *Concelho* Montalegre die Dämme des oberen Cávado-Systems 1964 fertig waren, lebte die Bevölkerung der Umgebung noch einige Jahre ohne Strom. Statt mit Waschmaschinen wuschen die Frauen weiterhin am *tanque-lavadeiro*, dem Brunnen mit Waschbänken. An Fernsehen war nicht zu denken, für Nachrichten hatte man Transistorradios mit Batterie. In der Dunkelheit der Nacht konnte man die Dörfer am Gegenhang des Tales nicht sehen, eher am Kläffen von Hunden und Schreien von Eseln erahnen.

Bevor am Douro der Staudamm von Régua 1973 fertig war, gab es in dem *Cañon* an der Grenze zu Spanien schon fünf Dämme; aber flussabwärts sah man im Spätsommer nur wenig träge fließendes Wasser in einem felsigen Flussbett. Plangemäß sollte der rein portugiesische Verlauf noch durch mehrere Staustufen mit Schleusen verändert werden, so dass das Eisenerz von Moncorvo auf Frachtschiffen abtransportiert würde. 1988 wurde am Unterlauf der letzte Damm fertig, aber Eisenerz ist nie transportiert worden. Stattdessen können Touristenschiffe von Porto aufwärts bis Barca de Alva vor der Grenze zu Spanien fahren.

Wenn man in Coimbra vor 1981 im Sommer von der weiten Brücke auf das schmale Rinnsal des Rio Mondego schaute, konnte man unten im weithin trockenen Flussbett manchmal Lastkraftwagen sehen, die mit Schotter und Sand beladen wurden, vielleicht zur Nutzung als Baumaterial. Heute schaut man zur entsprechenden Jahreszeit von der Ponte de Santa Clara auf eine breite Wasserfläche, wo Personen zum Vergnügen Boot fahren. Bunte Boote in Form großer Schwäne beleben nun auch den Rio Cávado bei Amarante, wo das wenige Wasser in früheren Sommern fast stagnierte.

Am unteren Guadiana wurde bei Pomarão bis 1965 das Pyrit von Minas de São Domingos auf kleine Motorschiffe geladen, die es abwärts zum Hafen von Vila Real de Santo António transportierten. Nach Einstellung des Betriebes veränderte sich das Flussbett durch Sedimente. Aber nach der Fertigstellung von Staudämmen auf portugiesischer und spanischer Seite (1985–2005) wurden in grenzüberschreitender Zusammenarbeit und mit EU-Mitteln Maßnahmen durchgeführt, so dass seit 2020 kleine Touristenschiffe und Sportboote von der Algarve problemlos bis Pomarão fahren können; eventuell werden die Maßnahmen bis Mértola fortgeführt.

Etwa seit 2005 haben Windkraftanlagen einzeln und in Gruppen (*parques*) schnell zugenommen, besonders in den Gebirgen Barroso, Marão und Montemuro, die den Anstieg von den tieferen Gebieten im Nordwesten zum Landesinneren markieren. Wo einst Ziegen, Schafe und Rinder die stillen Heiden beweideten, ragen nun gigantische *eólicas* mit rauschenden Rotorblättern. Nachdem 2021 der Betrieb der beiden Kohlekraftwerke des Landes (Sines, Pego) eingestellt wurde, entfallen von der Kapazität zur Elektrizitätserzeugung über 30 % auf Wasserkraft und gut 23 % auf Windkraft, hohe Werte im internationalen Vergleich. Wie in anderen Ländern mediterranen Klimas wird die Solarenergie noch erstaunlich gering genutzt. Weit gestreut über den Alentejo, wo die Sonneneinstrahlung fast doppelt so hoch ist wie in Deutschland, sind in den letzten Jahren einige Solarparks entstanden, mehrere in Planung. In wenigen Jahren soll der Anteil der Elektrizität aus erneuerbaren Energien 80 % erreichen.

Während Stauseen, Windkraft- und Solar-Anlagen auffallen und ihre Entstehung datiert werden kann, haben sich die Agrarlandschaften über die Jahrzehnte fast unmerklich verändert. Erst mittels sehr bewusst gemachter Nutzungskarten und Fotos lässt sich zeigen, welche starken Veränderungen sich in fünfzig Jahren ergeben haben. Dafür gibt es viele Gründe: Aufgabe der nationalen Autarkiepolitik, Wirkungen der EU-Mitgliedschaft, geringe Bodenproduktivität in Gebirgen und weiten Teilen des Südens, einstmals geringe Arbeitsproduktivität vor allem im Norden, Abwanderung und Alterung in sämtlichen agrarisch geprägten Gebieten, Veränderungen der Konsumgewohnheiten in Stadt und Land.

In den relativ niederschlagsreichen Gebieten des Nordwestens ist der einst dominante Anbau von Mais als Brotgetreide sehr zurückgegangen, besonders im gebirgigen Alto Minho. Dort wirkt geradezu symbolisch, dass sowohl in Lindoso nahe der spanischen Grenze als auch in Soajo die vielen gestelzten Maisspeicher (*espigueiros*) auf Felsplatten nicht mehr genutzt werden und schon unter Denkmalschutz stehen. Andernorts hat man einen eindrucksvollen Speicher wie ein Denkmal vor die Munizipalkammer umgesetzt (Boticas) oder für Hotelgäste nachgebaut (Calvos/Póvoa de Lanhoso). Damals belebten Weidetiere die von Heidevegetation überzogenen Bergländer. Aber es war schon nicht mehr üblich, Kinder als Hirten einzusetzen, zumindest nicht während der Schulzeit. Ziegen wurden nicht nur wegen der Aufforstungen zwangsweise abgeschafft, sondern auch weil die geschwinden Tiere von alten Leuten kaum zu hüten sind. Für Rinder, die gewöhnlich in Ställen auf lange aufgeschichtetem Heidestreu und Exkrementen standen, wurden schließlich bei einigen der engen Dörfer große und hygienische, wenn auch nicht schöne Ställe gebaut. Infolge der Mechanisierung sind Zug- und Lasttiere aus fast allen Agrarlandschaften verschwunden.

Vor fünfzig Jahren wurden in den meisten Landesteilen noch Viehmärkte abgehalten, auf denen fast ausschließlich die regionaltypischen Rinderrassen vertreten waren, im Nordosten die Mirandeser, im Nordwesten die helleren Barrosaner mit weit

geschwungenen Hörnern, im Alentejo die mächtigen dunkelbraunen Alentejaner oder kleineren und eher hellen Mertolenger. Die Zeit der eindrucksvollen Viehmärkte ist vorbei, weil die Tiere ab Hof verkauft werden. Wo weidende Rinder zu sehen sind, hat sich das Bild oft durch Hochleistungsrassen ausländischer Herkunft oder Kreuzungen diversifiziert. Der Einsatz von Traktoren und Landmaschinen hatte schon in den fünfziger Jahren begonnen, aber fast nur in den Ebenen des Ribatejo und Alentejo mit ertragsstarken homogenen Flächen von Großbetrieben. Gleichwohl gab es noch saisonale Wanderungen von Erntehelfern, wenn auch wegen der eingesetzten Landflucht schon in stark abgeschwächter Form. In gering mechanisierte Teile des Alentejo und solche mit Olivenanbau kamen noch die armen ‚Mäuschen‘ (*ratinhos*) aus den Beiras und Leute aus dem algarvischen Gebirge. Innerhalb von Trás-os Montes arbeiteten Gruppen (*ranchos*) von Schnittern aus den Gebirgen in den tieferen Lagen mit früherer Getreideernte. Aus dem weiteren Nordosten kamen Leute aus bis zu achtzig Kilometern zur Traubenlese ins Portwein-Gebiet. Die Strecken legte man meist nicht mehr zu Fuß zurück, sondern nach Organisation durch einen Gruppenchef mit dem Bus.

Um nicht weiter von einem schwindenden Potenzial an Saisonkräften abhängig zu sein, hatten Portwein-Firmen schon um 1974 die ersten Rebflächen zur maschinellen Bewirtschaftung neu terrassiert. Heute weist der deutlich überwiegende Teil der Weinberge die neuen, systematisch-rational erscheinenden Formen auf. In den bäuerlichen Gebieten nördlich des Tejo wirken Terrassen und Mauern aus Lesesteinen als dauerhafte Hindernisse gegen die technische Modernisierung des Feldbaus. Nachdem sie in unsäglichlicher Handarbeit über Jahrhunderte erstellt worden waren, bleiben sie infolge der Landflucht und der Überalterung der verbliebenen Bewirtschafter bestehen, werden nur schadhaft. Hinzu kommt, dass – im Unterschied zu Gebieten des Großgrundbesitzes – hier noch nicht einmal Katasterpläne erstellt wurden, Voraussetzung für eine Flurbereinigung. Bei einer Streuung von Erben über viele Länder dürften sich die agrarstrukturellen Probleme weiter verstärken. Auch hier hat es seit alters eine starke, wenn auch selten thematisierte agrarsoziale Differenzierung gegeben, teilweise erkennbar an wappengeschmückten Bauten, *casas brasonadas*. Eine besondere Dichte solcher Herrenhäuser (*solares*) herrscht in der historischen Provinz Minho. Sonst trifft man sie am ehesten in den Munizipalorten und *vilas históricas* an, die schon im 19. Jahrhundert die Funktion als Zentren von *Concelhos* verloren haben. Einst war der ausgedehnte, oft sogar weit gestreute Grundbesitz entweder auf Pächter verteilt oder konnte mit Lohnarbeitern bewirtschaftet werden. Beides wurde infolge der massenhaften Abwanderung während der sechziger und siebziger Jahre sehr schnell schwierig, ja unmöglich.

Zuerst und vor allem im Minho gingen viele Eigentümer von Herrenhäusern dazu über, sie für die Aufnahme von Gästen umzubauen, im großen Garten auch ein Schwimmbecken anzulegen. Dergleichen Umwidmungen fanden inzwischen überall im Land statt, so dass allein offiziell mehr als 25 000 Gästebetten im Bereich *turismo rural e de habitação* bereitstehen. Anderen Eigentümern war es möglich, durch einträgliche Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft die *solares* zu erhalten. Stellenweise wurden derartige Gebäude auch von der öffentlichen Hand übernommen, um sie zu kleinen Museen oder Bibliotheken innen umzugestalten. Trotzdem blieben bemerkenswerte Bauten gar nicht selten dem Verfall preisgegeben. Die Gebäudezählung von 2011 ergab, dass auf 100 Haushalte 140 Wohnungen kamen, folglich mehr als 30 % des Bestandes die meiste Zeit des Jahres unbewohnt sind, ein europäischer Höchstwert.

Dabei dürfte es sich überwiegend um Häuser im ländlichen Raum handeln, die nur noch bei bestimmten Anlässen genutzt werden, auch wenn es im Lande viele echte Ferienwohnungen gibt.

In den Siedlungen weiter Landstriche leben nach fünfzig Jahren nicht einmal mehr halb so viele Einwohner. Die verbliebenen Haushalte bestehen überdurchschnittlich oft aus Personen im Rentenalter, sind deshalb klein geworden. Nur bei einer Minderheit stammt das Haupteinkommen aus der Landwirtschaft, eher aus Erwerbstätigkeit an einem Pendlerziel oder Altersgeld. Zuwendungen von Angehörigen im In- und Ausland sind selten geworden. Schon 1974 war ein Effekt der starken Abwanderung statistisch festzustellen: Es gab weniger Kinder unter zehn Jahren als in der in der höheren Altersklasse bis zu 19 Jahren, gleichwohl strömten noch viele Kinder und Jugendliche zusammen, sobald ein Auto ins Dorf kam. Die damals bestehenden Zwergschulen, die zu einem Viertel nur von einer einzigen Lehrperson geführt wurden, stehen heute fast alle leer, verfallen. Rund zehn Jahre zuvor war die allgemeine Schulpflicht von vier auf sechs Jahre erhöht worden, aber besonders in Gegenden, die als weitab und unwirtlich galten, blieben immer wieder die Stellen unbesetzt. Viele Lehrerinnen, oft Töchter der bauerlichen Oberschicht, und junge Lehrer, deren kurze Ausbildung schon mit achtzehn Jahren beendet war, akzeptierten den unattraktiven Arbeitsort nur für kurze Zeit.

Heute haben die *Concelhos* der Provinz meist nur eine oder zwei Mittelpunktschulen. In gebirgigen Gegenden muss deshalb schon früh damit begonnen werden, die wenigen Schulkinder pro Ort mit dem Bus abzuholen, und es kann Spätnachmittag werden, bis das letzte Kind in seinem Dorf abgesetzt wird. Nicht in jedem *Concelho* gibt es eine gymnasiale Oberstufe. In den Kleinstädten, wo schon 1974 eine Höhere Schule (*liceu*) bestand, war damals die Belegung durch Jugendliche auffällig. Viele Gymnasiasten wohnten während der Schulzeit in Privathaushalten von Verwandten oder Freunden, einem Internat oder einer Pension, während die Eltern im Ausland arbeiteten, auch um das Geld für die kostenpflichtigen letzten drei Jahre zu verdienen. In den Dörfern gibt es fast immer noch einen kleinen Kramladen, für Ortsfremde allerdings mangels Schaufenster kaum erkennbar, falls nicht mit Kneipe kombiniert. Wichtiger sind ambulante Händler für Backwaren, Fleisch, Fisch, Obst und Gemüse. Sie kommen zu wenigen festgesetzten Zeiten, so dass sich dann an deren Stellplatz die Frauen des Ortes für kurze Zeit treffen. Bis zum nächsten Supermarkt kann es mehr als zwanzig Kilometer weit sein. Jeder Munizipalort hat ein Altenheim (*lar de idosos*), nicht selten besteht noch ein zweites eventuell an anderer Stelle des *Concelho* oder von höherer Preiskategorie (*lar de terceira idade*). Auch das ist eine Folge der massenhaften Abwanderung von Nachfahren. Unauffällig sind ambulante Dienste zur Versorgung und Pflege alter Ortsbewohner. Pfarrer, deren Aktionsgebiet sich meist auf viele Dörfer erstreckt, neigen dazu, resignativ bis verbittert festzustellen, dass es viel mehr Begräbnisse als Taufen gibt.

Gebiete von geringem agrarökonomischem Wert, denen man aber besondere ökologische Qualität attestiert hat, sind unterschiedlich stark unter Schutz gestellt worden. An der Grenze zu Galizien ist seit 1971 die Serra do Gerês der einzige Nationalpark. Wegen der geringen Zeitentfernung von Braga dient er im unteren Bereich um den Stausee von Caniçada schon als Naherholungsgebiet. Seit 1976 wurden dreizehn Gebiete zu Naturparks erklärt. Vor allem sind es Gebirge (z. B. die Serras da Estrela, do Alvão, de Aire e Candeeiros), es folgen breite Streifen entlang der Strecken, an denen

die Flüsse Douro, Tejo und Guadiana die Landesgrenze bilden. Zu nennen sind noch Küstensäume vom Südwesten des Alentejo bis um den westlichen Zipfel der Algarve. Insgesamt nehmen sie 8,5 % der Fläche Festlandportugals ein. In der Kategorie des Naturschutzgebietes (*reserva natural*) mit strengeren Restriktionen findet man überwiegend Feuchtgebiete, Lagunen und Ästuar. Offensichtlich ist seit 1974 sehr viel für die Erhaltung naturnaher Gebiete getan worden. Es kann aber nicht übersehen werden, dass im Gegensatz dazu an vielen Stellen Naturzerstörung weitergeht, nicht nur durch unregelmäßige Siedlungsexpansion. Bei intensiver Bereisung des Landes fällt die Häufigkeit des Abbaus von Natursteinen auf. Diese sind nicht nur im Lande selbst gefragt, sondern auch Exportprodukt von gewisser Bedeutung. Sowohl im Norden als auch im Süden gibt es ausgedehnte Gebiete mit Varianten von Granit und anderen Grundgesteinen, die nicht selten in großen Brüchen abgebaut werden. Von Estremoz bis Vila Viçosa gewinnt man in vielen Vertiefungen Marmor, östlich von Porto bei Valongo feinen Schiefer. Aus Pero Pinheiro/Sintra stammt der feste Kalkstein bekannter heller Bauwerke von Lissabon; vor Ort befinden sich noch immer viele Betriebe der Verarbeitung. An all diesen Stellen wurden Wunden ins Relief geschlagen, verbleibt auch viel Abraum. Noch größer ist der Landschaftsschaden, wenn eine Art Naturdenkmal abgebaut wird, beispielsweise ein markanter konischer Berg mit gigantischen gerundeten Granitblöcken bei Ponteira/Montalegre.

Große Veränderungen sind seit 1974 im weit gefächerten Bereich der Kultur festzustellen. Als erstes wäre die enorme Zahl neuer Museen zu nennen. Es kann nicht verwundern, dass schon früher alle achtzehn Distriktstädte zumindest ein Museum aufwiesen, wohl aber, dass jetzt sehr wahrscheinlich alle übrigen 260 Munizipalorte Festlandportugals über mindestens ein Museum verfügen; nicht selten besteht noch ein weiteres in einer Gemeinde des *Concelho*. Neben Häusern mit mehreren Sparten bei lokalem Bezug gibt es auffällig viele, die klare thematische Ausrichtung haben, beispielsweise auf einstige handwerkliche oder industrielle Spezialisierung, Bergbau, Meereswirtschaft, Prähistorisches, sakrale Kunst, Militaria, berühmte Persönlichkeiten lokaler Herkunft. Bei den Gebäuden handelt es sich um Neubauten oder um mehr oder minder stark umgestaltete, jedenfalls gut adaptierte Bauten historischen Ursprungs. Gleiches gilt für die Munizipal-Bibliotheken mit guter neuer Inneneinrichtung. In aller Regel sind sie inhaltlich und technisch so eingerichtet, dass auch das Interesse von Kindern und Jugendlichen angeregt und befriedigt werden kann.

Schon früher konnte ein deutscher Reisender den Eindruck gewinnen, dass in Portugal das Aufstellen von Monumenten viel wichtiger ist als die Durchsetzung einer städtebaulichen Konzeption. Inzwischen hat sich die Zahl der Kunstobjekte im öffentlichen Raum deutlich vermehrt, sowohl durch die Gestaltung von innerörtlichen Freiflächen als auch durch die Installation von Skulpturen auf Verkehrskreiseln. Im Vergleich zu den vielen Denkmälern der 1920er Jahre, die an Portugals Teilnahme am Ersten Weltkrieg, an die *Grande Guerra* erinnern, scheinen Monumente mit Bezug auf den 25. April 1974 und auf die Kolonialkriege bislang eher selten zu sein.

Für Deutsche als Bewohner eines polyzentrischen Landes klingt es befremdlich, wenn Portugiesen vom *interior* sprechen, denn es weckt Assoziationen an Verhältnisse eines Koloniallandes, das von der Meeresseite her erschlossen wurde und wo alles Wichtige dort geblieben ist. Tatsächlich ist der Kontrast zwischen Verdichtungsräumen an der Küste und 'tiefer Provinz' nicht nur stark geblieben, hat sich trotz der geschrumpften Zeitdistanzen sogar verstärkt. In den frühen 1970er Jahren dauerte

eine Bahnfahrt von Lissabon nach Castelo Branco fast fünf Stunden, nach Portalegre fünfeinhalb, nach Bragança sogar beinahe elf Stunden. Fünfzig Jahre danach sind die normalen Fahrtzeiten dorthin mit dem Privatwagen jeweils etwa halb so lang. Denn heute ist das Land mit einem Autobahnnetz ausgestattet, welches dichter ist als das in Deutschland, sowohl bezogen auf die Fläche als auch auf die Einwohnerzahl. Noch weitaus stärker wurden die Reisezeiten zu Orten zwischen den (einstigen) Bahnlinien reduziert. Jahrzehnte bevor in Deutschland im Jahre 2013 Fernbuslinien zugelassen wurden, hatte sich in Portugal schon ein dichtes Netz entwickelt. Dadurch sank die Zahl der Fahrgäste auf Nebenstrecken der Bahn dermaßen, dass viele davon stillgelegt wurden und inzwischen schon abgebaut sind.

Obwohl die Reisezeiten faktisch viel kürzer geworden sind, blieben die Distanzen in der Wahrnehmung groß, auch weil die meisten Bewohner und Unternehmen der Ballungsräume selten Kontakte mit der Provinz haben. Denn selbst die deutlich gewachsenen Distriktstädte des *interior* sind gegenüber Siedlungen der Metropolräume klein und wirtschaftlich unbedeutend. Die Verfassung von 1975 enthält zwar eine Forderung nach Dezentralisierung und Regionalisierung, und darüber wurde auch jahrelang diskutiert. Aber selbst die Institutionen der Regionalplanung, die *Comissões de Planeamento Regional*, sind sehr von der Zentralregierung abhängig. Und trotz staatlicher Investitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen der Provinz ist die Zentralisierung weitergegangen. Seit 2012 wurden sogar die Posten der Zivilgouverneure der Distriktstädte nicht mehr besetzt; die Dienststellen für Schulwesen, öffentliche Sicherheit, Zivilschutz und anderes unterstehen seither direkt den entsprechenden Ministerien in Lissabon. Die extreme Zentralisierung ist auch im Bereich der Wirtschaft überaus deutlich. Von den hundert größten Unternehmen des Landes hat fast die Hälfte ihren Sitz in Lissabon und Vororten, weitere zwölf im südlich anschließenden Teil des Distriktes Setúbal. Portugal ist also ein *país macrocéfalo* geblieben, ein wasserköpfiges Land, zwar nicht mehr durch die Hauptstadt allein, wohl aber durch den Metropolraum. Porto ist mit nur einem Sechstel der Firmen schon weit abgeschlagen, es folgen die Distrikte Aveiro, Coimbra und Santarém. Der stark industrialisierte Distrikt Braga ist nur durch die beiden deutschen Unternehmen Bosch und Continental vertreten.

Unter den größten Unternehmen hat sich die Branchenstruktur deutlich verändert. Der Chemie-Komplex CUF (*Companhia União Fabril*), das Hüttenwerk Siderurgia Nacional und die Werft Lisnave sind von den ersten drei Positionen weit nach hinten gefallen, teilweise in ausländischem Eigentum. Statt der Industrie dominieren inzwischen ganz klar Versorger aller Art: mit Elektrizität, Kraftstoffen, Gas und Waren des Einzelhandels durch Supermärkte. Die gering vertretenen Industrieunternehmen gehören auffällig oft ausländischen Mutterfirmen; unter den deutschen ist vor allem VW Autoeuropa für den Export überaus wichtig.

Was Hochschulen betrifft, waren 1974 praktisch nur vier Universitäten in Betrieb, neben der ältesten in Coimbra noch die beiden 1911 gegründeten in Porto und Lissabon, dort außerdem die Católica als nichtstaatliche Hochschule. Zwar hatte die Regierung Caetano schon 1973 die Universitäten Aveiro, Évora und Braga (zusammen mit Guimarães als Universidade do Minho) zwecks Dezentralisierung gegründet, aber der volle Lehrbetrieb begann deutlich später. Zur stärkeren Förderung der Regionen wurden von 1976 bis 1988 weitere staatliche Universitäten gegründet, einerseits auf den autonomen Archipelen Madeira (Funchal) und Azoren (Ponta Delgada), andererseits auf

dem Festland (Faro, Covilhã, Vila Real). Hinzu kamen staatliche Fachhochschulen (Institutos Politécnicos) nicht nur in den drei alten Universitätsstädten, sondern auch zwölf weitere in der Provinz bis nahe der Peripherie, so in Viana do Castelo, Bragança, Guarda, Portalegre. Auf die staatlichen Maßnahmen folgten in deutlicher Phasenverschiebung (1985–2015) zwölf Gründungen privater Universitäten, wovon jeweils fünf in Lissabon und Porto einschließlich des benachbarten *Concelho* Maia erhalten blieben. Diese Standortwahl konterkariert offensichtlich die deklarierten Bemühungen um Dezentralisierung. Im Ergebnis gibt es in diesem Lande mit knapp 10,4 Millionen Einwohnern dreiundzwanzig Universitäten, darunter acht in Lissabon. Bei distanzierter Sicht kommt gegenüber dieser Ausstattung mancherlei Skepsis auf. Konnten in einem Land, das 1970 noch eine Analphabetenquote von rund 26 % hatte und der Anteil funktionaler Analphabeten weitaus höher lag, für das rapide erweiterte Schul- und Hochschulsystem entsprechend schnell qualifizierte Lehrkräfte gefunden werden? Wo finden die Absolventen des *interior* Arbeitsplätze? Fördert ein Zuviel an Examinierten – auch in den Verdichtungsräumen – nicht eine Abwanderung ins Ausland, ein *brain drain*?

Die Auswanderung hat nie aufgehört, und auch nicht die weniger beachtete Rückwanderung, nur sind die Migrationssalden je nach Konjunktoren im In- und Ausland sowie politischen Maßnahmen unterschiedlich. Nach dem Höhepunkt der Auswanderung 1973 folgten zwölf Jahre überwiegender Rückwanderung, dann begann ein zweiter Zyklus mit dem Höhepunkt 1996. Die staatliche Finanzkrise und die darauf folgenden Austeritätsmaßnahmen bewirkten ab 2010 eine dritte, deutlich schwächere Welle der Auswanderung. In letzter Zeit verließen im Durchschnitt rund 80 000 Personen pro Jahr das Land. Einwanderung nach Portugal begann dagegen erstaunlich spät. Zwar galten seit 1951 die Kolonien amtlich als „Überseeprovinzen einer vielrassigen Nation“ (*provincias ultramarinas da Nação multirracial*), die sich durch Freiheit von Vorurteilen auszeichnete. Deshalb wären eigentlich schon sehr früh Afrikaner und Asiaten im Lande zu erwarten gewesen. Aber völlig anders als in London und Paris traf man bis 1974 in Lissabon nur ganz selten auf Personen aus Übersee. Nachdem die Indische Union 1961 die kleinen portugiesischen Enklaven annektiert hatte, konnte man in Lissabon den einen oder anderen Zugezogenen aus dem Estado da Índia antreffen. Gegen Ende der 1960er Jahre, als schon ein großer Teil der jüngeren Männer ins europäische Ausland entwichen war und andere ihren Wehrdienst in Afrika leisteten, wurden die ersten ‚Gastarbeiter‘ auf den Kapverden rekrutiert. Sie lebten zuerst in billigen Pensionen und abgewirtschafteten Mietwohnungen zwischen dem Bairro Alto und São Bento, später auch in selbst erstellten Häuschen der *bairros clandestinos*.

Ganz andere Dimension nahm die Zuwanderung in den Jahren 1974/75 an, denn mit den *retornados* portugiesischer Herkunft kamen auch Verwandte, Freunde und Bekannte afrikanischen Ursprungs. Zur gleichen Zeit wurde die Niederlassung politischer Emigranten aus Brasilien erlaubt, wo von 1964 bis 1985 Militärdiktatur herrschte. Daraufhin kamen viele Akademiker auch aus wirtschaftlichen Gründen, indem sie die visumfreie Einreise und Vorteile aus bilateralen Verträgen nutzten. In den 1990er Jahren nahm der Zustrom aus Brasilien, das bis in die 1950er Jahre Hauptziel portugiesischer Auswanderer gewesen war, deutlich zu. 2022 stellten sie mit 230 000 fast ein Drittel aller Ausländer. Besonders häufig arbeiten sie im Gastgewerbe, in Krankenhäusern und Verwaltungseinrichtungen.

Ohne sprachliche Affinität und vorhandene Kontakte kamen vom März 2000 bis zum Oktober 2004 Menschen aus der Ukraine, Moldau und Rumänien, darunter viele mit hoher Qualifikation. Die Möglichkeit dazu hatte ein Runderlass des deutschen Auswärtigen Amtes an die Botschaften und Konsulate dieser Länder eröffnet. Anträge auf Visa für drei Monate, die mit touristischen, geschäftlichen, wissenschaftlichen oder medizinischen Begründungen gestellt wurden, sollten sehr wohlwollend geprüft werden – gegen Bestimmungen des Schengener Abkommens. Daraufhin organisierten Schleuser die Reisen über Deutschland hinaus bis Portugal organisiert. Nachdem es aus anderen Gründen schon 1994 und 1999 Regularisierungskampagnen gegeben hatte, wurde 2001 und 2005 der Aufenthalt von Zehntausenden aus den genannten Ländern legalisiert.

Gemäß Volkszählung 2021 lebten in Portugal 555 000 Ausländer; für Ende 2022 gab die Ausländerbehörde 757 000 genehmigte Niederlassungen für Nichtportugiesen an. Das wären 5,4 bzw. 7,3 % der Landesbevölkerung. Unabhängig von dieser erstaunlichen Diskrepanz amtlicher Angaben ist es überhaupt schwer zu wissen, wer im Lande als Nicht-Portugiese empfunden wird. Denn die Staatsbürgerschaft kann relativ leicht erworben werden und wird für im Lande Geborene normalerweise nach fünf Jahren vergeben. Deshalb gibt es weitaus mehr Personen afrikanischer Herkunft als die knapp 100 000 Staatsbürger aus den afrikanischen Ländern portugiesischer Amtssprache. Auch die statistischen Angaben zu Staatsbürgern aus den erwähnten osteuropäischen Ländern spiegeln mit rund 70 000 höchst unvollkommen die soziale Wirklichkeit, denn in den sieben Jahren vor dem im Heimatland 2022 begonnenen Krieg wurde mehr als 15 000 Ukrainern die portugiesische Staatsbürgerschaft verliehen.

Ausländer und portugiesische Staatsbürger ausländischer Herkunft sind hochgradig in der Metropolregion Lissabon zentralisiert. Dort leben über 60 % der Ausländer insgesamt, mehr als 80 % der Afrikaner, fast die Hälfte der EU-Bürger. Je nach Herkunft lassen sich unterschiedliche Verteilungsmuster im Lande erkennen: Westeuropäer weisen eine zweite Verdichtung in der Algarve auf, Osteuropäer haben nach anfänglich schlechten Positionen bessere Arbeitsplätze auch in der Provinz akzeptiert, Chinesen sind landesweit als isolierte Betreiber von Geschäften verbreitet. In den südlichen Gebieten großbetrieblicher Landwirtschaft, wo portugiesische Landarbeiter vor 50 Jahren sich mit Gewalt Arbeit sichern wollten, trifft man heute immer mehr Inder und Nepalesen an, die ein hartes Los erdulden. Seit 2016 wurden Jahr für Jahr mehr Aufenthaltsgenehmigungen erteilt. Ende 2022 hat das Parlament das Ausländergesetz („Lei de Estrangeiros“) novelliert, offensichtlich um Einwanderung zu erleichtern. Bei Interesse an einem Studium in Portugal erfolgt die Vergabe von Visa, sobald eine Immatrikulation nachgewiesen wird. Für Bürger aus Staaten portugiesischer (Amts-)Sprache, also aus den ehemaligen Kolonien einschließlich Brasilien, entfallen bestimmte Hindernisse gegen einen dauerhaften Aufenthalt; es reicht die Absicherung durch legal in Portugal wohnende Personen. Neu ist das Visum für ‚Digitalnomaden‘, die dauerhaft in Portugal wohnen möchten.

Vermutlich ist die Erleichterung von Einwanderung dadurch bedingt, dass man seit Jahrzehnten die Alterung der Bevölkerung mit Sorgen verfolgt. 1960 kamen auf 100 Kinder (unter 15 Jahren) nur 27,5 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren; 2021 hatte sich die Relation auf 183 Personen im Rentenalter pro 100 Kinder verschoben. Portugal ist nicht nur faktisch, sonder politisch bewusst zu einem Einwanderungsland geworden. Aber die Einwanderung kompensiert bisher bei weitem nicht den

Sterbeüberschuss und die Auswanderung. Den Hunderttausenden an ausländischen Besuchern bleiben die Probleme der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung normalerweise verborgen; sie nehmen vor allem viele Annehmlichkeiten wahr, die großenteils erst in den letzten Jahrzehnten entstanden sind. Bekanntheit und Anziehungskraft des Landes haben zugenommen, sei es durch Maßnahmen explizit zur Förderung des Tourismus, sei es durch Ereignisse, die sich durch Medienberichte indirekt förderlich auswirken. Von herausragender Bedeutung dürfte die Weltausstellung 1998 gewesen sein. Schon vorher war Lissabon 1994 Kulturhauptstadt Europas gewesen, später folgten Porto 2001 und Guimarães 2012. Von 1983 (Tomar) bis 2019 (Bom Jesus do Monte/Braga) sind in Festlandportugal vierzehn Stätten zu Weltkulturerbe deklariert worden, drei weitere auf den Inseln.

Für die meisten Touristen aus Europa wirkten der Wegfall von Grenzkontrollen zwischen den Staaten des Schengener Abkommens (1995) und die Einführung des Euro (2002) als angenehme Erleichterung. Die Fertigstellung von sechs grenzüberschreitenden Autobahnen und die Herstellung vieler weiterer Straßenverbindungen ließen außerdem den Besuch von Spaniern stark zunehmen, zumal sie etwas höhere Kaufkraft nutzen können und sich leicht verstanden fühlen. Die schnelle und starke Verbreitung des Englischen in einem Land, wo bis in die 1960er Jahre nur eine kleine Oberschicht vor allem Französisch sprach, ist für Touristen jeglicher Herkunft vorteilhaft. Direkt zur Förderung des Fremdenverkehrs dienen die Informationsstellen, die von den meisten *Concelhos* als *Turismo* selbst in gering frequentierten Gegenden eingerichtet wurden, und sei es in der Câmara Municipal. In Portugal, wo das Wandern keine Tradition hat und Radfahren weniger gepflegt wird als in Spanien, eher der brasilianische Körperkult wirkt, sind viele Wander- und Radfahrstrecken eingerichtet worden, auch Pilgerwege nach Santiago de Compostela. Am längsten ist die Linie entlang der gesamten Atlantik-Küste, hinzu kommen viele *trilhos* entlang großer und kleinerer Flüsse, schließlich wenige durch Gebirge Mittelportugals und der Algarve. Zum Schutz sandiger Küstenstreifen sind lange Strecken mit gestelzten Lattenwegen ausgestattet worden.

Seit 2016 werden Gebäude der öffentlichen Hand, die von historisch kultureller Bedeutung sind, aber ungenutzt vom Verfall bedroht sind, nach Ausschreibung in fünfzigjähriger Konzession an Investoren vergeben, die sie grundlegend sanieren und einer touristischen Nutzung zuführen. Die rund vierzig Fälle streuen von den Metropolräumen bis an die Peripherie, wo die Attraktivität von Standorten gesteigert werden soll. Wie bei den Pousadas handelt es sich oft um ehemalige Klöster, nicht selten um historische Militäranlagen. In diesem Land, das seit napoleonischer Zeit keine Kriegszerstörung erfahren hat, haben Schutz und Präsentation kulturellen Erbes ganz offensichtlich große Fortschritte gemacht, und das in vielerlei Formen, wie sich an Beispielen zeigen lässt. Es beginnt mit prähistorischen Relikten wie Steinzeichnungen (Vila Nova de Foz Côa) und Cromlechs (Herdade dos Almendres/Évora), gilt für Burgen, in denen Geschichte mit neuesten Techniken vermittelt wird (Guimarães, Montalegre), geht weiter mit vielen Präsentationen von Baukunst, Dekoration und Mobiliar aus den Epochen des Fernhandels, also der ersten Hälfte des 16. bzw. 18. Jahrhunderts), umfasst auch typisch Beispiele der materiellen Volkskultur wie Wind- und Wassermühlen (Esposende, Barcelos). Geschützt und zugleich touristisch genutzt werden schon Objekte des 20. Jahrhundert, beispielsweise kulturhistorisch bekannte Cafés, eine Buchhandlung, historische Straßenbahnen und Züge. Einige Dörfer in den Gebirgen

der Landesmitte (z. B. Piódão/Arganil) und viele Altstadtbereiche wurden komplett unter Denkmalschutz gestellt. Hinter erhaltenen Fassaden verbergen sich Neubauten, in restaurierten Markthallen trifft man auf *food courts*, nachgebaute Douro-Schiffe (*ra-belos*) dienen zu Vergnügungsfahrten. Im Zusammenhang mit dem Tourismus ist eine gewisse Musealisierung des Landes unübersehbar.

Schluss

Im Jahre 1974 und mehr noch 1975 erregten die Ereignisse in Portugal europaweit und in Nordamerika zuerst Interesse, dann Besorgnis. Denn etwa ein halbes Jahr nach dem freudig begrüßten Sturz der autoritären Regierung von Marcelo Caetano war es zwischen den handelnden Militärs zu einem nicht nur verbalen Dissens gekommen. In dem bislang wenig beachteten, unterentwickelten Land an der europäischen Peripherie ging es um die mögliche Zugehörigkeit zu einem der antagonistischen politisch-ökonomischen Systeme, mithin auch um geopolitische Relationen.

Faszinierend wirkten, besonders auf junge Ausländer der politischen Linken, die gleichsam territorialen Eroberungen in den Weiten des Südens, wo landwirtschaftliche Großbetriebe besetzt und in Produktionsgenossenschaften überführt wurden, ohne Teil einer zentralen Planwirtschaft zu sein. Die sehr geringe demographische und wirtschaftliche Bedeutung dieser Gebiete im Vergleich zu den Industriorten um Lissabon und erst recht zum Lande insgesamt blieb zumeist außerhalb des Bewusstseins. Ebenfalls unbeachtet blieb die starke Bindung Portugals an Westeuropa – durch Außenhandel, Tourismus, Rimessen, mögliche Institutionen zur Rettung der Staatsfinanzen. Auf Portugiesen hatte das Gefühl befreiend gewirkt, offen reden zu können, nicht mehr unterdrückende Maßnahmen fürchten zu müssen, auch demonstrieren, streiken und lokale Bürgerinitiativen bilden zu dürfen. Gerne wahrgenommen wurden Maßnahmen zur sozialen Absicherung und zur Verbesserung der großstädtischen Wohnbedingungen durch einen neuen Dienst zur baulichen Beratung, den *Serviço de Apoio Ambulatório Local* (SAAL).

Die Verstaatlichung von Banken, Versicherungen und Industriebetrieben hatte keineswegs deren höhere Produktivität zur Folge, wohl aber ein zumindest distanziert abwartendes Verhalten potenzieller Investoren des In- und Auslands. Von 1976 bis 1985 vermittelte die Kurzlebigkeit vieler Regierungen mit wechselnden Zielen nicht den Eindruck von Stabilität. Durchaus verständliche Vorkehrungen gegen eine Rückgabe an einige vorherige Eigentümer und gegen eine Reprivatisierung ohne Einschränkungen bewirkten einen langsamen, unvollkommenen Systemwandel bis zum überraschenden Aufkommen von Konkurrenten im östlichen Europa. Auf fünfzehn Monate bis zur Demokratisierung waren also fast fünfzehn Jahre für einen wirtschaftsstrukturellen Aufholprozess ungenutzt vergangen. Dann erstreckte sich von 2002 bis 2015 wieder eine lange Zeit kurzer oder instabiler Regierungen.

Seit 1975 wurde dem Land in vielerlei Programmen finanzielle Unterstützung gewährt, sei es von einzelnen Staaten Europas, von staatlichen Zusammenschlüssen (EFTA, EG/EU), vom Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Entwicklungsbank. Inzwischen währt das länger und ist relativ mehr als in jedem anderen Land des Kontinents. Die Verwendung der Mittel ist an ungemein vielen Stellen sichtbar, von der gigantischen Brücke Vasco da Gama bis in kleine Verbesserungen in

Dörfern. Darüber hinaus sind viele Maßnahmen unsichtbar geblieben, beispielsweise in den Bereichen Bildung und berufliche Qualifikation. Oberstes Ziel der institutionellen Zuwendungen und Kreditgewährungen sollte sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft zu stärken, so dass dadurch eine Annäherung an das durchschnittliche Wohlstandsniveau der Gemeinschaft, eine Konvergenz erfolgt. Einem kritischen Beobachter kommt allerdings gelegentlich die Vermutung, dass bei manchen öffentlichen Investitionen das Prestige der zentralstaatlichen oder regionalpolitischen Initiatoren und die Verlockung durch geringe finanzielle Eigenbeteiligung als starke Entscheidungsfaktoren gewirkt haben. Die Steigerung der regionalen Wirtschaftsleistung erscheint gegenüber den langfristigen Personal- und Erhaltungskosten nicht immer in einem positiven Verhältnis zu stehen. Das System der öffentlichen Finanzen hat in einem jahrzehntelangen Lernprozess dazu geführt, dass das Stellen erfolversprechender Anträge eine hohe Priorität erlangt hat, und das nicht nur bei Politikern.

Es ist offensichtlich, dass sich in den letzten fünfzig Jahren die portugiesische Wirtschaftsstruktur stark verändert hat, vor allem durch das Schrumpfen des Agrarsektors und die Ausweitung des Dienstleistungssektors. Es können jedoch Zweifel aufkommen, ob dadurch eine Stabilisierung erreicht wurde. Die Abhängigkeit des Staatshaushaltes vom Ausländertourismus und von Zuwendungen der EU ist nach einem halben Jahrhundert noch immer hoch. Von politischen Entscheidungen schwer zu beeinflussen sind nach allem Anschein die Auswirkungen lange anhaltender demographischer und regionalökonomischer Trends. Die Entvölkerung landwirtschaftlich schwer zu nutzender Gebiete begann in der gebirgigen Landesmitte schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts und hat sich in Phasen auf weit mehr als die Hälfte der Landesfläche ausgeweitet, erscheint wegen der gealterten Bevölkerung unumkehrbar. Lebten 1970 noch fast zwei Drittel der Bevölkerung in Siedlungen unter 2000 Einwohnern, so ist es jetzt nur noch ein Drittel. Neben der Verdichtung in den Metropolräumen gibt es eine Mikrourbanisierung überall in der Provinz, wo in vielen *Concelhos* der größte Teil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich der Munizipalorte tätig ist. Einen starken Beitrag leisten staatliche Stellen, deren Personal indirekt oder direkt der Versorgung der verbliebenen Bevölkerung dient. Auch das könnte ein Faktor sein, weshalb Portugal im europäischen Vergleich einen besonders hohen Anteil an Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat.

Die Verlagerung der Landesbevölkerung hat zur Folge, dass 2022 schon 46 % der Abgeordneten die Wahlbezirke Lissabon, Porto und Setúbal repräsentieren, viele weitere die übrigen Küstenbereiche. Folglich können die Bedürfnisse der Menschen der ‚tiefen Provinz‘ immer seltener artikuliert werden. Nach einer Bereisung der Gebiete beiderseits der jahrhundertealten Staatsgrenze haben spanische Journalisten diese einst als Grenze der Unterentwicklung, als *frontera del subdesarrollo* bezeichnet. Dort haben sich die beiden Staaten über Jahrhunderte gleichsam den Rücken zugekehrt. Vor und auch nach dem Tod Francos im November 1975 wurde die Entwicklung in Portugal misstrauisch verfolgt und als Warnung wahrgenommen. Die Aufhebung aller Kontrollen, gar die grenzüberschreitende Zusammenarbeit schienen noch jahrelang undenkbar. Obwohl nach dem gemeinsamen EU-Beitritt 1986 viele grenzübergreifende Projekte ausgeführt wurden und seit Mitte 1991 die *raia* ohne anzuhalten passiert werden kann, hat sich an deren 1224 km langen Verlauf allenfalls punkthaft etwas verändert. Nur im Sommer ist Miranda do Douro durch Spanier belebt. Die Einwoh-

nerzahl von Vilar Formoso, dem nach Verkehrsaufkommen mit Abstand wichtigsten von einst nur neun Grenzsorten, hat seit 1991 sogar fast um 40 % auf knapp 1800 abgenommen, einerseits durch den Verlust von Funktionen (Grenzpolizei, Zoll, Banken, Restaurants), andererseits durch die Fertigstellung der Autobahn im Jahre 2006. In grenznahen Städtchen wurde Militär reduziert (z. B. Pinhel) oder ganz aufgelöst (z. B. Moura). Vom Zentrum zur Peripherie, von der Área Metropolitana zur Landesgrenze haben sich die Unterschiede in den letzten fünfzig Jahren noch verstärkt.

Nicht zu übersehen ist gleichwohl, dass die Lebensbedingungen landesweit den europäischen Durchschnittswerten sehr nahekommen. Das ist offensichtlich im Hinblick auf Wohnen, materielle Ausstattung der Haushalte, Ernährung und Bekleidung. Es gilt auch für wichtige Bereiche, die zumindest von Ausländern kaum wahrgenommen werden können. Sehr verbessert wurde die medizinische Versorgung, wie die Ergebnisse beweisen. Die Kindersterblichkeit lag einst bei 55,5 pro tausend Geborenen, inzwischen ist sie auf 2,4 Promille gesunken. Die Ausgaben für Soziales, gemessen am Bruttosozialprodukt, sind relativ hoch. Ganz außerordentlich haben sich auch die Verhältnisse im Bildungswesen verbessert. 1970 konnte ein gutes Viertel der Personen über 14 Jahren nicht lesen und schreiben. Die meisten anderen hatten nur drei, vier oder sechs Schuljahre absolviert. Derzeit gibt es noch 3 % Analphabeten, eine schwindende Zahl alter Menschen. Der einst enorm hohe Anteil von Wiederholern und Schulabbrechern ist stark gesenkt worden. Dem Aufholprozess in den Bereichen Soziales und Bildung entspricht keine gleich starke Annäherung im Wirtschaftlichen. Das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Kaufkraftstandards, verglichen mit dem EU-Durchschnittswert, schwankt um die 77 %, wenn man die Jahre 2015 bis 2021 zum Vergleich nimmt. Nach den Hoffnungen auf Wohlhabenheit beim EU-Beitritt 1986 erscheint die Konvergenz gering.

Immerhin hat die Bedrohung durch Armut und Ausgrenzung deutlich abgenommen, die 1974 noch in sämtlichen Landesteilen sichtbar war. Auch die Einkommensungleichheit wurde messbar verringert und ist dem Wert der EU-27 nahegekommen. Vorbei die Zeiten, als Landkinder und Fischersfrauen im Sommer barfuß gingen, während sich in der Innenstadt von Lissabon gut gekleidete Herren von *engraixadores* die Schuhe polieren ließen. Gleichsam auf höherem Niveau sind Unterschiede geblieben, die einem Mitteleuropäer befremdlich erschienen, wenn er sie denn sähe. Aber wer kann schon einen Vergleich erleben zwischen dem Dasein in einem Sozialbaublock mit ganz unterschiedlichen Immigranten und andererseits in einem Wohnturm mit großen Eigentumswohnungen, Lobby und Concierge oder gar der Lebensweise in einem abgeschlossenen Bereich, einem *condomínio fechado* im grünen Umland?

Einst waren berufstätige Frauen nur in hohen Positionen (z. B. als Professorinnen) den Männern fast gleichgestellt. In größeren Städten konnten sie auch allein ausgehen und sich mit Freundinnen in einer Konditorei (*pastelaria*) oder einer *casa de chá* treffen, einem Teehaus, wo es aromatisiertes Joghurt als ganz neue Leckerei gab. Die große Masse der Frauen war durch viel manuelle Haushaltsführung gebunden und arbeitete hart im landwirtschaftlichen Familienbetrieb, im Süden auch saisonal als sehr gering entlohnte Kraft. Ein erstaunlich hoher Anteil nahm schon vor 1974 in anderen Bereichen am Erwerbsleben teil, teils sichtbar (Marktstände), teils unsichtbar (Textilfabriken). Als seit den sechziger Jahren Ehemänner für lange Zeit als Gastarbeiter im Ausland weilten, haben Frauen in allen Landesteilen an Kompetenzen und Selbständigkeit gewonnen. Aber die Löhne blieben lange sehr ungleich und außerhäusliche Ak-

tivitäten blieben beschränkt. Inzwischen ist der an Indikatoren gemessene Grad der Gleichstellung dem EU-Durchschnittswert nahe.

Ungemein stark haben sich kaum wahrnehmbare, aber wichtige gesellschaftliche Veränderungen ergeben, deren Auswirkungen ganz langfristig sein werden. Sie sind nur teilweise durch wirtschaftliche Umstände wie den hohen Anteil ungesicherter Arbeitsplätze zu erklären. Wie aus den langen Datenreihen des Instituto Nacional de Estatística (INE) hervorgeht, lag das Maximum an Eheschließungen in den Jahren 1974 und 1975, als Soldaten nach Ende der Kolonialkriege zurückkamen. Danach waren es wieder gut 80 000 jährlich; inzwischen sind es nur noch um die 30 000. Nicht nur dies lässt vermuten, dass es weithin üblich geworden ist, unverheiratet zusammen zu leben; auch die Quote von 58 % an außerehelichen Geburten deutet darauf hin. Auf 100 standesamtliche Eheschließungen kamen 1970 noch 87 kirchliche Trauungen, 2017 waren es knapp 34. Eklatant erhöht hat sich die Zahl der Scheidungen; kamen einst im Jahr auf 100 Eheschließungen nur 0,5 Fälle, sind es inzwischen fast 60, ein internationaler Spitzenwert. Das durchschnittliche Alter bei der ersten Ehe hat sich stark erhöht, auf 31,5 Jahre bei Frauen, 32,7 bei Männern. Die durchschnittliche Zahl an Kindern im Leben einer Frau (Fruchtbarkeitsziffer) ist von 3,0 auf 1,34 gesunken, ein Tiefstwert im europäischen Vergleich. Etwa 18 % aller Haushalte werden von Alleinerziehenden geführt. Insgesamt deuten diese Zahlen auf eine Instabilität der sozialen Beziehungen, die deutlich stärker ausgeprägt ist als in den Staaten Mittel- und Nordeuropas. Außerdem ist ein schnell fortschreitender Prozess der Alterung und des Schrumpfens der Bevölkerung unabwendbar.

Bei einem längeren Rückblick ließen sich sicher noch viele Änderungen in Sprache und Verhalten erkennen, die nicht statistisch erfasst, aber durchaus symptomatisch sind für den Wandel im Alltagsleben. Auffällig reduziert haben sich die Formen der persönlichen Ansprache, deren starke Differenzierung (mit *tu*, *Você*, *o Senhor/a Senhora*, *Vossa Excelência*) je nach Adressaten und Situation einem Ausländer leicht Kopfzerbrechen bereiten konnte. Besuchte man 1974 eine Bar, so war am Tresen der Boden übersät von Kippen, Streichhölzern und leeren Zuckerbeuteln; alles wurde mit großtuerischer Geste weggeworfen – heute undenkbar, inakzeptabel. Auffällig ist die Mülltrennung, die nach Differenzierung und Technik in manchen Städten höher entwickelt ist als in Deutschland. Fußgänger müssen sich vor Autofahrern nicht mehr in Acht nehmen; heute fällt eher deren zuvorkommendes Anhalten am Zebrastreifen auf.

Liegt im Jahr 1974 der Angelpunkt für die vielen Änderungen? Sicher nicht. Manche Modernisierung hatte schon vorher begonnen, angeregt durch Fernsehen, obwohl die Sendungen staatlich kontrolliert und die Empfänger vorerst selten waren, außerdem durch Berichte von Auslandsportugiesen. Sowohl steigende Realeinkommen im Lande als auch Rimessen eröffneten Möglichkeiten, erkennbar am Strukturwandel des Einzelhandels schon vor 1974. In (sub-)urbanen Gemeinden mit starker Kaufkraft hatten die ersten Supermärkte eröffnet; in Städten selbst der ‚tiefen Provinz‘ gab es neue Geschäfte für Konfektion, elektrische Haushaltsgeräte und Autos. Der 25. April 1974 war vor allem wichtig, weil das autoritäre System abgeschafft wurde. Ein Antrag der gestürzten Regierung auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft wäre so aussichtslos gewesen wie ein Antrag des franquistischen Spaniens und der griechischen Obristen. Die Integration nach Westeuropa gehörte allerdings nicht zu den deklarierten Zielen der dominierenden Militärs und schon gar nicht der kommunistischen Partei. Diesen Akteuren war gar nicht bewusst, dass sie unbeabsichtigt den

langen Weg frei gemacht haben für eine Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft. Das war das Ziel von Mário Soares, der in Bad Münstereifel die Sozialistische Partei Portugals gegründet hatte. Die dort geknüpfte Beziehung zur Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglichte finanzielle und personelle Hilfe zur Organisation seiner Partei und zur Bildung von Institutionen, die für eine pluralistische Demokratie unentbehrlich sind, sei es direkt, sei es durch vermittelte Kontakte zu sozialdemokratischen Parteien Westeuropas. Andere parteinahe Stiftungen Westdeutschlands folgten, haben aber nie eine vergleichbare Wirkung gehabt.

Der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft Anfang 1986 sicherte nicht nur die Dauerhaftigkeit der Finanzzuweisungen für die unüberblickbar vielen materiellen Verbesserungen. Fortan konnten und mussten auch Standards der Gemeinschaft durchgesetzt werden. Nicht zuletzt wurde unabhängig davon in den Medien und im gesellschaftlichen Umgang eine Europäisierung gefordert. Der Wechsel an Regierungen unter Führung der Sozialisten und der Sozialdemokraten bewirkte, dass einerseits durch Sozialgesetzgebung die individuelle Absicherung erhöht wurde, andererseits im gesellschaftlichen und im betriebswirtschaftlichen Bereich weit gehende Liberalisierungen stattfanden. Insofern wurde politisch betrieben, was man unter Modernisierung verstand, was manchmal wie Amerikanisierung erscheint. Die Vielzahl der akkumulierten Verbesserungen kann nicht in einem Satz zusammengefasst werden. Am ehesten könnte der Fortschritt in den Existenzbedingungen durch den Indikator Lebenserwartung zum Ausdruck gebracht werden. Diese hat sich im betrachteten Zeitraum von 67,1 auf 80,7 Jahre erhöht, also um nahezu vierzehn Jahre.